



WOFÜR IST GELD DA?

Von Rente bis zu Gehältern - das Problem ist
zwischen oben und unten

04 Armutsniveau
gesichert

Nach der Rentenreform ist vor der
Rentenreform

08 Wohin entwickelt
sich die AfD?

Ist eine Regierung mit AfD-
Beteiligung noch ein Tabu?

10 Kampf gegen die
Wehrpflicht

Wir werden noch einen langen Atem
brauchen

2 Die Arbeiterklasse zahlt die Rechnung - Haushalt 2026 beschlossen **7** Wem die Diskussion um Bürokratieabbau nützt **12** Ukraine: Wer will keinen Frieden? **14** US-Sicherheitsstrategie: Sicherheit als Maske imperialistischer Hegemonie **15** Generalstreik in Belgien **16** Abschlusserklärung des 30. Plenum der IKMLPO **18** Wen wählen wir bei den Betriebsratswahlen?

Die Arbeiterklasse zahlt die Rechnung

Mit dem beschlossenen Bundeshaushalt für das Jahr 2026 und dem Finanzplan bis 2029 präsentiert uns die Bundesregierung die Rechnung, die uns Werktätigen, Rentnern und Jugendlichen die Aufrüstung und die Geschenke an die deutschen Unternehmen kosten werden.

Mit Ausgaben von insgesamt 524,54 Milliarden Euro und rund 181,5 Milliarden Euro neuer Schulden verzeichnet der neue Haushalt einer der größten Neuverschuldungen in der Geschichte der BRD.

Das deutsche Kapital raubt sich den Staatshaushalt

„Zukunftsfähigkeit“, „Rekordinvestitionen“, „Modernisierung“... All das hieß es, als der Bundeshaushalt verabschiedet worden ist. Die Bundesregierung präsentiert den Haushalt - wie jedes Jahr - als den bestmöglich zusammengebastelten Kompromiss. Kaum ein Wort wird dabei so häufig verwendet als „Investition“ - Doch in was und zu welchem Zweck wird eigentlich investiert? Sowohl im Haushalt selbst als auch durch das 500 Milliarden Sondervermögen hat die Bundesregierung zahlreiche Investitionen auf den Weg gebracht, um den „Wachstumsbooster“ in Deutschland einzuleiten.

macht werden, gefolgt von der Krankenhausinfrastruktur in Höhe von 6 Milliarden Euro. In die Energie sollen davon 2,1 Milliarden fließen, während der Wohnungsbau mit 0,5 Milliarden Euro auf dem letzten Platz zurückliegt. Für die kommenden Jahre bis 2029 bleiben die Zahlen jährlich für die Bereiche ähnlich, bis das Sondervermögen ausgeschöpft ist. Diese Zahlen zeigen uns sehr genau, wie das Sondervermögen helfen soll, Deutschland auf den Krieg vorzubereiten und die militärische Infrastruktur auf Vordermann zu bringen: Straßen, Schienenwege und Brücken sollen ausgebaut und Krankenhäuser kriegstüchtig gemacht werden, und die Baukonzerne freuen sich bereits jetzt über umfangreiche staatliche Aufträge. Kein Wort wird dabei verloren über die Sanierung unserer Schulen, Universitäten oder Kindereinrichtungen. Auch die Senkung der Energiepreise für Unternehmen und die Unterstützung der CHIP-Industrie schöpft sich jährlich direkt aus dem Sondervermögen. Das Geld fließt damit direkt durch Subventionen

und staatliche Aufträge an die Konzerne, und der Haushalt wird damit immer offensichtlicher zur Beute des Finanzkapitals.

Rüstung noch und nöcher

Für die Aufrüstung sind im Bundeshaushalt Ausgaben von 108 Milliarden Euro festgesetzt - ein neuer Höchstwert seit dem Kalten Krieg. Dafür wurde bereits 2025 die Schuldenbremse aufgehoben. 62,4 Milliarden fallen dabei auf den Verteidigungsetat als Einzelposten selbst, 25,5 Milliarden werden aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr geschöpft. Obendrauf kommen noch die oben genannten Ausgaben, die für die militärische Infrastruktur erhalten. Einberechnet in dem Verteidigungsetat sind auch nicht die Gelder, die zum Beispiel in Höhe von 9 Milliarden Euro zur militärischen Unterstützung der Ukraine dienen oder die Tilgung des 100 Milliarden Sondervermögens für die Bundeswehr. Und das ist nur der Anfang: Bis 2029 soll allein der Verteidigungsetat insgesamt 168,7 Milliarden Euro betragen. Dies würde 3,56 % des BIP entsprechen - und kommt damit

allein aus dem Einzelhaushalt ohne die Sondervermögen dem 5%-Ziel der NATO immer näher. Deutschland platziert sich mit diesem Kurs nach den USA und China auf dem dritten Platz der Länder, die am meisten Geld für die Aufrüstung ausgeben und der Traum endlich Führungsmacht in Europa zu werden, rückt damit in ge-



fährlich nahe Zukunft. Das war auch das Ziel. So äußerte sich Hubertus Bardt vom Institut der Deutschen Wirtschaft: „Kurzfristig ist es richtig, die Verteidigungsfähigkeit des Landes über Kredite sicherzustellen. Die Bundesregierung muss zusehen, die Verteidigungsausgaben mittelfristig wieder stärker aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren.“ Auch personell soll mit diesen Geldern aufgestockt werden: Allein im nächsten Jahr soll die Bundeswehr um 10.000 Soldaten erweitert werden, die Bundespolizei um zusätzlich 1.000 Polizisten, mehr Geld für Überwachung und die Ausrüstung der Repressionsapparate. Das Wettrüsten zwischen den imperialistischen Staaten erreicht eine neue Stufe und der deutsche Imperialismus bringt sich in Stellung ganz vorne mitzumischen.

Quittung Sozialstaat?

Mit rund 197 Milliarden Euro bleibt der Etat für Arbeit und Soziales der größte Einzelposten im Haushalt - zumindest auf Papier, wenn wir die Trickserien rund um die Gelder für die Aufrüstung betrachten, liegt dieser davon nicht mehr weit entfernt. Das Hochhalten jenes roten Balkens dient nicht zuletzt dazu die Zustimmung der Bevölkerung zu stabilisieren und wird nicht selten als Beleg für den Sozialstaat genutzt. Es ist dieser Balken, der uns den Eindruck eines handlungsfähigen Staates vermitteln soll, der in der Lage ist, all die Herausforderungen der heutigen Zeit zu meistern: Demokratie schützen, Verteidigungsfähigkeit ausbauen und gleichzeitig steigt sogar der Mindestlohn auf 13,90 € - wozu also

beschweren? „Wir gehen verantwortungsbewusst mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger um.“ – heißt es in der Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen. Doch so ist es die Arbeiterklasse, die diesen Rüstungswahn von vorne bis hinten finanziert: Sie schafft durch Steuerabgaben erst die Gelder, wird dadurch für die Interessen des Kapitals faktisch enteignet und bekommt Kürzungen und Sozialabbau zurück, damit die Schulden und die Zinstilgung abbezahlt werden können. Denn laut dem Finanzbericht des Bundes stammt der Großteil der Haushaltsgelder aus der Lohn- und Umsatzsteuer (siehe Abbildung) und wird damit im Verhältnis zum Kapital überproportional von der Arbeiterklasse selbst gestemmt. Die Staatsverschuldung in Deutschland liegt bereits jetzt nicht zuletzt aufgrund der Sondervermögen bei ca. 2,55 Billionen Euro. Allein die Zinskosten betragen in diesem Jahr etwa 30 bis 34 Milliarden Euro und sollen sich in kurzer Zeit bis 2029 auf 66 Milliarden Euro jährlich faktisch verdoppeln. Und so sind es diese Gelder, durch die der Etat immer tiefer ausgehungert wird.

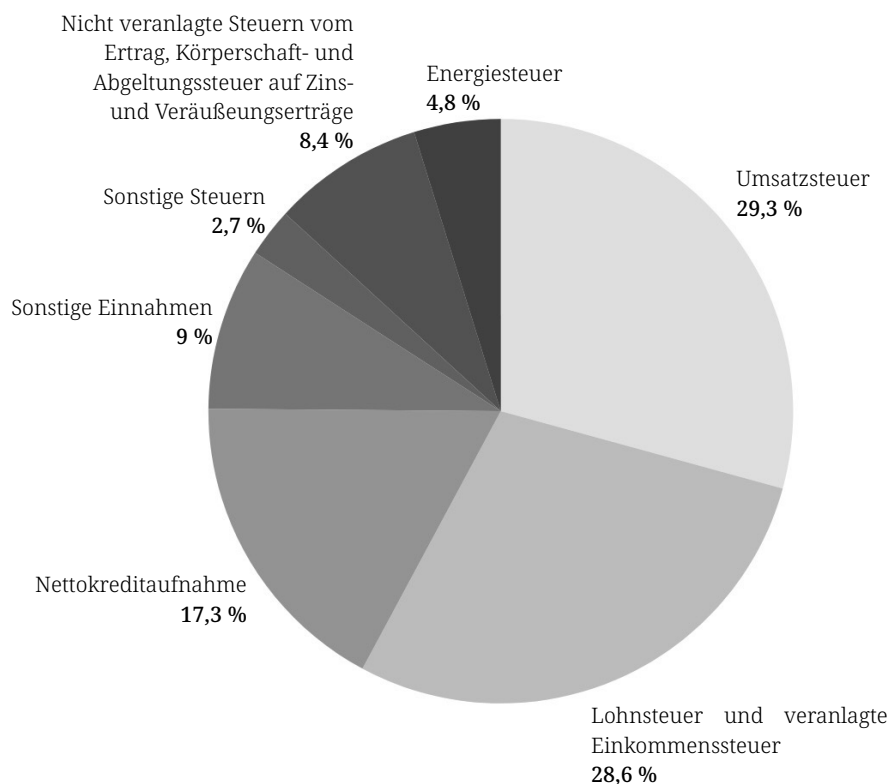
Die Schulden tragen wir, das Kapital wird entlastet

Der Druck auf soziale Leistungen wächst durch die enormen Ausgaben für Aufrüstung und die Schuldenlasten spürbar und diese treten als Geißel des deutschen Kapitals immer offener zu Tage. Gleichzeitig wurde mit dem neuen Haushalt das 46 Milliarden schwere „Investitionsbooster-Paket“ verabschiedet, womit die Steuer-

Was sind Sondervermögen überhaupt?

Sondervermögen, auch „Schattenhaushalte“ genannt, sind überwiegend Kreditaufnahmen, dessen Ausgaben nicht über den normalen Bundeshaushalt laufen. Der Bund muss für ein Sondervermögen ein eigenes Gesetz schaffen, was einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag bedarf. Sie dienen spezifischen Kapitalinteressen, wie zum Beispiel das Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden für die Infrastruktur, die der Staat damit verwaltet. Die jährlich anfallenden Zinsen für diese Kredite werden aus dem Bundeshaushalt bezahlt. Für die Tilgung des Kredites selbst stellt der Staat meist einen Tilgungsplan auf: Das 500 Milliarden Sondervermögen soll zum Beispiel ab 2044 getilgt werden. Das passiert entweder direkt aus dem Bundeshaushalt oder der Staat nimmt für die Tilgung wieder einen neuen Kredit auf, dessen Zinsen und Tilgung dann faktisch weiterlaufen. So oder so werden sowohl die Zinsen als auch die Kredite selbst von den Steuergeldern abbezahlt. In Deutschland laufen zurzeit ca. 30 Sondervermögen, die maßgeblich zum Staatsverschulden beitragen.

Woher kommt das Geld im Haushalt?



last für die deutschen Konzerne sinken soll: Absenkung der Körperschaftssteuer, Senkung der Stromsteuer, Förderung der E-Mobilität. Dem deutschen Kapital werden die bestmöglichen Bedingungen geschaffen und so werden es offensichtlich nicht Rheinmetall, Siemens oder BASF sein, die die Schuldentilgung zu zahlen haben, sondern diejenigen, die heute und in den kommenden Jahrzehnten in Zeiten steigender Preise und inflationsunbereinigten Löhnen die Gelder überhaupt erst schaffen. Die massive Neuverschuldung und die Tilgungslast, die ohnehin durch die zahlreichen Sondervermögen und Extratöpfe auf dem Haushalt lasten, werden in greifbarer Zukunft enorme Einschnitte in die Arbeits- und Lebensbedingungen und höhere Steuerabgaben erfordern. In Zeiten, wo bereits jetzt die Angriffe auf die Arbeiterklasse drastischer werden und es jede Errungenschaft zu verteidigen gilt, zeigen uns diese Zahlen eine bittere Aussicht auf das, was auf uns zukommt. Die Auswirkungen dieser Aggressivität, die der deutsche Imperialismus an den Tag legt, um der USA, China und Russland auf Augenhöhe zu begegnen, werden für die Bevölkerung überall in unserem Alltag spürbar – und damit reifen auch immer mehr die Bedingungen, dem deutschen Imperialismus den Kampf anzusagen.

Rentenniveau Armutsniveau ist gesichert!

Nach der Rentenreform ist vor der Rentenreform...

Die Diskussionen um die Gesetzliche Rentenversicherung reißen nicht ab und das schon seit Jahrzehnten. Immer wieder schmeißen die sogenannten „Experten“ in den Medien breit mit Schlagwörtern wie „Rentenwert“, „Rentenniveau“, „Nachhaltigkeitsfaktor“, „Standardrente“, „Eckrente“, „Beitragsbemessungsgrenze“ oder auch mit „dem demografischen Faktor“ um sich. Das alles soll uns, der breiten Masse der Bevölkerung, sagen: „Die gesetzliche Rente ist nicht sicher, jede und jeder muss privat vorsorgen.“ Ist das wirklich so?

Nach monatelangem Gezerre um die Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) wurde am 5. Dezember die sogenannte „Rentenreform“ in Form von drei Gesetzen im Bundestag beschlossen - mit Kanzlermehrheit. Nach der Zustimmung des Bundesrates am 19. Dezember soll diese „Reform“ am 1. Januar 2026 in Kraft treten.

Lange war nicht klar, ob das „Rentenpaket 2025“ - so wie im Koalitionsausschuss beschlossen - überhaupt im Bundestag beschlossen werden kann. Denn eine Gruppe von 18 jungen Abgeordneten der Unions-Fraktion, von der Springerpresse kurzerhand zu den „Renten-Rebellen“ erkoren, hatte bis kurz vor der Abstimmung gegen das Rentenniveau von 48% gewettert. Das sei „zum Nachteil der Jungen Generationen“ - so lautete der Vorwurf, weswegen man diesem Paket nicht zustimmen würde! Dabei ist klar: Die Festschreibung eines Rentenniveaus von 48 Prozent schützt nicht nur heutige Rentnerinnen und Rentner, sondern auch kommende Generationen vor noch mehr Armut. Doch die Springer-Rebellen, die selbst kaum je richtig gearbeitet haben und somit auch keinen Beitrag zur GRV geleistet haben, versuchten mit ihrer Haltung zu verschleiern, dass Millionen ältere Menschen bereits heute in Armut leben - und damit hatten sie Erfolg. Kaum jemand forderte die Anhebung des derzeitigen Rentenniveaus, um dieser Abwärts-Spirale in die Armut zu entkommen. Nur ver.di forderte, dass das Rentenniveau bald auf 53% angehoben werden soll.

Rente auf dem Niveau von 48 Prozent?

Doch was bedeutet es, dass das Rentenniveau von 48% bis 2031 stabil gehalten wird? Und was passiert nach 2031? Ein Rentenniveau von 48% stellt das sogenannte „Mindestsicherungs niveau“ dar (Haltelinie heute 48%): Die Anpassung wird so berechnet, dass das Rentenniveau von 48 Prozent der Durchschnittslöhne erreicht wird, was eine Garantie für die Kaufkraft darstellen soll.

Zur Klarstellung: Das Rentenniveau von 48 Prozent beschreibt nur das rein statistische Verhältnis zwischen Standardrente und durchschnittlichem Einkommen aller Versicherten. Die sogenannte Standardrente setzt 45 Beitragsjahre mit einem durchgehend durchschnittlichen Einkommen voraus. Dieses liegt aktuell bei 1.835,55 Euro brutto. Das heißt, dass von diesem Bruttoeinkommen noch Kranken- und Pflegeversicherung und Steuern abgezogen werden müssen.

Die Realität der Rentner sieht jedoch völlig anders aus: Die überwältigende Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner erhält weniger als 1.200 Euro brutto im Monat - 77 % der Frauen und 41 %

der Männer. Angesichts dieser massenhaften Altersarmut über die 48-Prozent-Marke zu debattieren, ist im Grunde ein Hohn.

Doch das Rentenniveau war nicht immer so niedrig. 1978 lag es noch bei 59,5% und schon 1990 war es auf 55% geschrumpft. Durch die Rentenanpassungsformel soll es ab 2032 auf 44,9% sinken.

Nein zur Aktivrente!

Dass das Rentenniveau bis 2031 „stabil“ gehalten wird, bedeutet nichts anderes als die Fortsetzung der Altersarmut. Was danach passieren soll, können wir aber schon erahnen: Genau deshalb steht auch das Modell der „Aktivrente“ im Mittelpunkt: Wer von seiner Rente nicht leben kann, soll eben weiterarbeiten „dürfen“! Ab dem neuen Jahr können Rentnerinnen und Rentner bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei hinzuverdienen - das Modell der „Aktivrente“. Die Bundesregierung rechnet damit, so rund 168.000 Menschen im Arbeitsmarkt halten zu können. Offiziell heißt das: „ein Beitrag zur Lösung des Fachkräftemangels.“ Doch in Wahrheit werden Millionen Rentnerinnen und Rentner gar keine Wahl haben: Angesichts der Altersarmut werden sie gezwungen sein weiterzuarbeiten. Statt die fast fünf Millionen Arbeitslosen in Beschäftigung zu bringen, sollen Rentner als billige Arbeitskräfte dienen - eine versteckte Form der Rentenalter-Anhebung.

Die Gewerkschaften müssen dringend gegen die Aktivrente und jede weitere Erhöhung des Rentenalters mobilisieren. Beide Maßnahmen würden das Leben von Millionen Beschäftigten verschlechtern und die Zahl der frühen Todesfälle weiter steigen lassen.

Demografischer Wandel: Stimmt die Rechnung?

Der „Demografische Wandel“ wird in der Rentendebatte immer als „Grundproblem“ genannt. Es könne nicht sein, dass immer weniger Beschäftigte immer mehr Rentner finanzieren.

Grundsätzlich ist es richtig, dass Menschen in Deutschland immer älter werden - Das ist auch gut so! Bleibt zu hoffen, dass die positive Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung (seit 2019 wieder leicht rückläufig) in den nächsten Jahren weiterhin positiv bleibt.

Immer weniger Beschäftigte können schon immer mehr Rentner finanzieren. Zwischen 1991 - 2023 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland real um 46,6% gestiegen (Stat. Bundesamt, Mai 2024), dabei ist die Summe der geleisteten Arbeitsstunden jedoch nur um 3,2% gestiegen. Also damit das reale BIP um 46,6% wächst, waren nur 3,2% mehr Arbeitsstunden notwendig. Was für ein starkes Produktivitätswachstum!

Das Problem bei diesem Wachstum ist, dass weder die Beschäftigten noch die Rentner davon profitieren - allein das Kapital hat davon profitiert, über die Jahre hinweg! Wenn sich das reale Wachstum und die Produktivität in den Löhnen widerspiegeln würden, sähe auch der „Demografische Wandel“ ganz anders aus!

Faktenlage

Beitragssätze für gesetzliche Rente (In Prozent des Bruttodurchschnittslohns 2024 – Arbeiter im Privatsektor. Quelle: OECD)

Land	Gesamt	Arbeitgeber/ Arbeitnehmer
Deutschland	18,6 %	9,3 / 9,3
Frankreich	27,8 %	16,5 / 11,39
Italien	33 %	23,8 / 9,2
Österreich	22,8 %	12,55 / 10,25
Spanien	28,3 %	23,6 / 4,7
Ver. Königreich	21,8 %	13,8 / 8,0

Nettorentenhöhe in Prozent (im Verhältnis zum Nettoverdienst vor Renteneintritt. Männlicher Durchschnittsverdiener im Jahr 2024 Quelle: OECD)

Land	Gesamt
Deutschland	53 %
Frankreich	70 %
Italien	79 %
Österreich	87 %
Spanien	86 %
Ver. Königreich	54 %

Rentenalter und geplante Reformen

Land	Rentenalter	Tatsächliches Rentenalter ø	Geplante Reformen bis 2030
Deutschland	67 (ab 1964)	63,1(M) / 63,2 (F)	Keine weitere Anhebung geplant
Frankreich	64	60,4 (M) / 60,9 (F)	43 Beitragsjahre für volle Rente
Italien	67	62,3 (M) / 63,6 (F)	Flexibilisierung für Langzeitbeschäftigte
Österreich	65(M) / 60(F)	62,0 (M) / 60,7 (F)	Angleichung Frauen auf 65 bis 2033
Spanien	65	61,0 (M) / 60,4 (F)	Schrittweise Anhebung auf 67
Ver. Königreich	66	64,3 (M) / 62,1 (F)	Anhebung bis 2028 auf 67*

*Die britische Regierung hat entschieden, die geplante Erhöhung des Rentenalters auf 68 Jahre vorerst abzulehnen. Grund für die Verschiebung ist, dass sich die Lebenserwartung der um die Jahrtausendwende Geborenen, der sogenannten „Millennials“, schlechter entwickeln dürfte als zuvor angenommen.

Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)

Anzahl der Versicherten: 58,488 Millionen, davon:

Aktive Versicherte: 39,918 Millionen

Passive Versicherte: 18,570 Millionen

Ein „aktiver Versicherter“ ist eine Person, die arbeitet, Beiträge zahlt aber keine Rente bezieht. Als „passive Versicherte“ gelten hingegen Personen, die in der Vergangenheit Beiträge gezahlt haben und dadurch einen Rentenanspruch erworben haben, derzeit jedoch nicht arbeiten und noch keine Rente beziehen.

Rentenbestand in Deutschland

Altersrenten:	18,92 Millionen
Erwerbminderungsrente:	1,75 Millionen
Witwen/Witwer und Waisenrente*:	5,42 Millionen
Gesamt:	26,09 Millionen

*Bezieht sich auf Witwen- und Waisenrenten, die aufgrund des Todes der versicherten Person gezahlt werden.

Wie wird die Rente berechnet?

In Deutschland hängt die Höhe der Rente einer Person, die in den Ruhestand geht, von der Dauer der Beschäftigung und den angesammelten Rentenpunkten ab. Die Regierung legt jedes Jahr den Wert eines Rentenpunktes basierend auf dem durchschnittlichen Bruttojahresgehalt neu fest und veröffentlicht diesen. Beispielsweise betrug der Wert eines Rentenpunktes im vergangenen Jahr 39,32 Euro (das durchschnittliche Bruttojahresgehalt im Jahr 2024 betrug 47.085 Euro), während dieser Betrag in diesem Jahr auf 40,79 Euro gestiegen ist. Der neu festgelegte Wert des Rentenpunkts gilt ab der zweiten Jahreshälfte des jeweiligen Jahres. Der Betrag von 40,79 Euro (das durchschnittliche Bruttojahresgehalt im Jahr 2025 betrug 50.493 Euro) ist gültig vom 1. Juli 2025 bis zum 30. Juni 2026. Diese Berechnung der Regierung wird so angepasst, dass das Rentenniveau 48 % des durchschnittlichen Einkommens erreicht. Da der Wert des Rentenpunktes, der auf dem durchschnittlichen Bruttoeinkommen basiert, ein Durchschnittswert ist, muss jeder seine individuellen Rentenpunkte berechnen. Dazu muss die Person ihr eigenes jährliches Bruttoeinkommen durch das durchschnittliche jährliche Bruttoeinkommen teilen. Das Ergebnis, multipliziert mit der Anzahl der gearbeiteten Jahre, ergibt die bis zu diesem Zeitpunkt angesammelten Rentenpunkte. **Beispiel:** Das jährliche Einkommen eines Beispielarbeiters (einschließlich Urlaub, Weihnachts- und anderer Sonderzahlungen) beträgt 40.000 Euro. In diesem Fall ergibt sich: 40.000 : 50.493 = 0,8 (jährlicher Rentenpunkt). Wenn unser Arbeiter ununterbrochen 45 Jahre lang zum gleichen Lohn gearbeitet hat, beträgt die angesammelte Rentenpunkte: 45 X 0,8 = 36. In diesem Fall hätte er Anspruch auf eine monatliche Bruttorente von 36 X 40,79 = 1.468,44 Euro.

Viele sterben, bevor sie überhaupt in Rente gehen

Die bürgerliche Presse unterstützt die Kritiker des Rentenniveaus von 48% mit der Behauptung, „die steigende Lebenserwartung mache ein festes Rentenniveau unrealistisch.“ Franziska Brantner, Co-Vorsitzende der Grünen, erklärte in der Welt, „man müsse in einer Gesellschaft, die sich auf eine Lebenserwartung von 100 Jahren zubewege, neue Wege denken.“ Doch das Gegenteil ist der Fall: In Deutschland und vielen europäischen Ländern

Das österreichische Modell

In den letzten Jahren wurde in Deutschland im Rahmen der Rentenreformen häufig das „österreichische Modell“ thematisiert. Doch was zeichnet dieses Modell aus? Zunächst einmal sind in Österreich seit dem 1. Januar 1955 alle Erwerbstätigen (Arbeiter, Beamte, Abgeordnete und Selbstständige) automatisch Mitglied des Sozialversicherungssystems. Das war jedoch nicht immer so. Im Jahr 1997 wurde die für Politiker geltende „Politikerpension“ abgeschafft, und sie wurden – wie alle anderen Bürger – in die gesetzliche Rentenversicherung integriert. Nach diesem Schritt folgten weitere Reformen, wie die „Pensionssicherungsreform“ im Jahr 2003 und die „Pensionsharmonisierung“ im Jahr 2004. Diese Reformen führten dazu, dass auch Beamte und Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen wurden. Die in Österreich gezahlten Renten betragen durchschnittlich 2.321,40 Euro für Männer und 1.594,24 Euro für Frauen. Diese Beträge liegen etwa 40 % höher als in Deutschland.

Mindestpensionssicherung

Obwohl es offiziell keine „Mindestpension“ gibt, erfüllt die sogenannte „Ausgleichszulage“ diese Funktion und bietet Rentnern damit eine Mindestabsicherung. Personen mit niedrigen Renten erhalten eine Ergänzungszahlung, die sich an einem jährlich festgelegten „Referenzniveau“ orientiert (2025 etwa 1.274 Euro für Alleinstehende und 2.010 Euro für Paare). Für Personen, die 30 oder 40 Jahre versicherungspflichtig gearbeitet haben, wird diese Ausgleichszulage durch einen „Ausgleichszulagenbonus“ erhöht. Das Referenzniveau beträgt dann 1.386,20/1.656,05 Euro für Alleinstehende und 2.235,34 Euro für Paare. Diese Beträge sind zwar nicht sehr hoch, dennoch können deutsche Rentner von einer solchen Regelung nur träumen. Während in Deutschland im Durchschnitt eine Nettorente in Höhe von 53 % des zuletzt bezogenen Nettogehalts möglich ist, liegt dieser Anteil in Österreich bei etwa 87 %.

sinkt die durchschnittliche Lebenserwartung seit 2019 wieder. Eine Studie der Universität East Anglia, veröffentlicht Anfang 2025 in „The Lancet Public Health“, belegt dies deutlich. In Großbritannien führte dies sogar dazu, dass die geplante Anhebung des Rentenalters auf 68 vorerst gestoppt wurde. In Deutschland trifft es besonders Arbeiterinnen und Arbeiter: Laut Pestel-Institut leben männliche Beamte nach dem 65. Geburtstag durchschnittlich 21,5 Jahre, Angestellte 19,4 Jahre, Arbeiter hingegen nur 15,9 Jahre. Überdurchschnittlich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeiter erreichen die Rente nicht einmal, weil sie früher sterben“, so Institutschef Matthias Günther.

Das Rentensystem muss verändert werden!

Die arbeiterfeindliche Merz-Regierung steht erst am Anfang. Noch bevor die neuen Reformen überhaupt greifen, kündigte Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas an, dass man für 2026 eine „umfassende Rentenreform“ vorbereiten werde. Heißt: Auf das „Rentenpaket 2025“ folgt bald das „Rentenpaket 2026“. Bas sagte, „man sei dabei für alle Vorschläge offen“, einschließlich der Änderung des Rentenalters und der Lebensarbeitszeit! Immer wenn Regierungen von „umfassenden Reformen“ sprechen, bedeutet das weitere Kürzungen im Sozialbereich. Nach den Plänen der CDU/CSU/SPD Koalition wurde jetzt eine Rentenkommission von 13 Politikern und Wissenschaftler gebildet. Ohne Beteiligung von Gewerkschaften oder Sozialverbänden – so sieht Sozialpartnerschaft 2026 aus! Das Gremium soll bis Mitte des kommenden Jahres Vorschläge erarbeiten, wie die GRV umzubauen ist und wie private Vorsorge gestaltet werden kann. Die Rentenkommission soll „eine neue Kenngröße für ein Gesamtversorgungsniveau über alle drei Rentensäulen prüfen.“ Die Frage ist also, welche der Säulen - gesetzliche Rente, betriebliche Rente und private Vorsorge - künftig wie zur Alterssicherung beitragen sollen. Während die Regierung mit ihrer Rentenkommission ihr Angriffspaket vorbereitet, sollten alle kämpferischen Kräfte mit dem Widerstand beginnen. Erstens müssen klare Forderungen zur Stärkung und zum Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung formuliert werden. Zweitens muss die weitere Privatisierung der Altersvorsorge ganz klar abgelehnt werden. Das österreichische Modell wäre – bei allen Schwächen – ein sinnvoller erster Ansatz.

Schon vor 70 Jahren plakatierte die CDU „Schluß mit der Bürokratie!“ Merkwürdigerweise führte die CDU von 1949-69 20 Jahre der Regierung, dann von 1982-94 12 Jahre, von 2005-21 16 Jahre und seit Mai 2025 bis heute. In den insgesamt 50 Jahren, die die CDU in der Regierung war, ist entgegen der demagogischen Parolen die Bürokratie gewuchert; allerdings nicht für alle. Auch die Bürokratie hat offensichtlich einen Klasseninhalt.

Für Bürgergeldempfänger gibt es immer mehr Bürokratie bei sinkenden Leistungen. Sie müssen jährlich einen Antrag stellen und immer mehr Nachweise über ihr „Vermögen“, Einkommen, usw. erbringen. Da soll es auch keinen Bürokratieabbau geben, sondern im Gegenteil mehr Nachweise, mehr Kontrollen, mehr Schikanen. Wer mal einen Kindergeldantrag gestellt und BAföG oder BAB (Berufsausbildungsbeihilfe) beantragt hat, weiß gut, wie viele Formulare ausgefüllt und wie viele Belege beschafft werden müssen. Beim Wohngeld wird jeder Quadratmeter genau erfasst und schon bei Kleinigkeiten gekürzt. Wer, weil zu alt oder krank, eine Haushaltshilfe beschäftigen muss, darf sich wegen der Sozialversicherung durch unverständliche Internetportale durchkämpfen und zahlt.

Dadurch, dass viele an den komplizierten und oft unverständlichen Formularen scheitern oder Fehler machen, spart der Staat im Interesse des Kapitals viel Geld. Manche stellen schon gar keinen Antrag, weil sie es einfach nicht schaffen. Aufgrund von Sprach- und Verständnisschwierigkeiten bei diesen endlos langen behördlichen Vorgängen wird also besonders denen der Zugang zu Sozialleistungen erschwert, die sie oft am dringendsten brauchen. Dazu hetzt der Staat gegen die, die in diesem Antrags- und Nachweisdschungel Fehler machen und beschimpft sie als Sozialbetrüger.

Anders sieht es bei Großkonzernen aus, für die jetzt das Lieferkettengesetz beseitigt wird, weil es angeblich zu viel „Bürokratie“ bringen würde. Dieses Gesetz soll – wenn auch minimal – Menschen in ausgebeuteten Ländern vor allzu katastrophalen Arbeitsbedingungen schützen. Anlass dafür waren Vorfälle, wo Arbeitskräfte in Bangladesch hinter Gittern gehalten wurden und bei einem Fabrikbrand nicht fliehen konnten, sondern verbrannten. Auch wenn es kaum Kontrollen, also wenig Bürokratie gab, war das danach eingeführte Lieferkettengesetz ein minimaler Schutz. Die Konzerne mussten dokumentieren, bei wem sie produzieren lassen oder einkaufen und den dortigen Arbeitsschutz kontrollieren. Das hat die

70 Jahre Bürokratie- abbau

Viele, die schon einmal einen Antrag für ein Amt ausgefüllt und die zahllosen dafür geforderten Belege beschafft haben, würden sich sehr über Bürokratieabbau freuen. Doch so ist das Schlagwort vom Bürokratieabbau nicht gemeint.

Beim Mutterschaftsgeldzuschuss für bei ihnen Beschäftigte Frauen fordern sie, dass der langfristig nicht mehr von den Arbeitgebern über ein Umlageverfahren (U2) finanziert wird, sondern von den Steuerzahlern. Was von der Arbeiterbewegung hart erkämpft wurde, wollen sie schleifen.

Das sind nur einige Beispiele. Die Forderungsliste des BdA ist über 30 Seiten lang. Man sieht also: auch „Bürokratieabbau“ ist unter den aktuellen Bedingungen eine Klassenfrage und dient dem Kapital. Diese Phrase wird als Waffe gegen die Arbeiterklasse genutzt, während man gezielt vortäuscht, als würde auch die Bürokratie bekämpft werden, die den Arbeitern das Leben schwer macht. Gemeint ist aber ausschließlich: Abbau von Arbeitsschutz, Verschlechterung der Qualität, mehr „Freiheit“ – zum Profitmachen – für das Kapital. Auf der anderen Seite werden Formulare und Kontrollen für die arbeitenden Menschen mehr, komplizierter, umfangreicher und werden dazu schärfer kontrolliert. Beim Bürgergeld beispielsweise übersteigen die Kosten der Kontrollen die dadurch eingesparten Gelder. Es wird damit nicht gespart, sondern die, die unten sind, unter Druck gesetzt. So schafft man dem Kapital auch ein billiges Heer von Arbeitskräften, die zu noch so schlechten Bedingungen zur Arbeit gezwungen werden. Kein Antrag auf Sozialleistungen, kein Behördengang für amtliche Dokumente und auch keine Steuerabrechnung wird vereinfacht werden. Daher sollten alle Kolleginnen und Kollegen bei der derzeitigen Kampagne gegen Bürokratie darauf achten, wem sie nutzt!



Waren für die produzierenden Unternehmen ein klein wenig verteuert und war dem Kapital lästig. Deswegen hat man Kampagnen gegen zu viel „Bürokratie“ gestartet. Menschenleben schützen kostet Geld. Solche Sozialmaßnahmen schmälern den Profit. Daher wird jetzt das Lieferkettengesetz abgeschafft und man nennt das „Bürokratieabbau“. Tatsächlich werden die minimalen Maßnahmen für Arbeitsschutz liquidiert.

Im Bausektor soll „Bürokratie“ abgebaut werden. In der Praxis werden baurechtliche Überprüfungen beseitigt. Einige sinnvolle Maßnahmen wie energiesparendes Bauen oder Auflagen zum Lärmschutz werden deutlich zurückgefahren. Angeblich soll das zu billigerem und schnellerem Bauen führen. Bei militärischen Bauten wie Kasernen soll das Baurecht fast ganz geschleift werden.

Doch billigeres Bauen wird angesichts der enormen Wohnungsnot nicht zu niedrigeren Preisen und Mieten führen, sondern zu höheren Profiten. Der viel zu kleine Wohnungsmarkt ist der Grund für die enormen Preis- und Mietsteigerungen. Die Marktgesetze des Kapitalismus wirken. Von der

„Entbürokratisierung“ werden die Mieter oder Eigenheimkäufer nichts haben. Im Gegenteil: sie werden langfristig mehr Energiekosten und eine schlechtere Bauqualität haben.

Schon im Dezember 2023 hat der Bundesverband der Arbeitgeber (BdA) ein umfangreiches Papier mit seinen Forderungen unter dem Titel „Bürokratieabbau entschlossen vorantreiben“ veröffentlicht. Es zeigt deutlich, was das Kapital will. So beklagen sie, dass die Erhöhung des Mindestlohns auf 12€ und die damit verbundenen Aufzeichnungspflichten sie 5,6 Mrd. Euro kosten. Ihre Konsequenz: keine Erhöhung und keine Dokumentation. Der Katalog, von Auflagen die sie stören und verschwinden sollen, ist lang:

Gebäudeenergiegesetz: zu viel Umweltschutz, kann weg!

Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz, wodurch das Pflegegeld erhöht wurde und die Angehörigen und Pflegebedürftigen das Recht erhalten, Auskunft über die Kosten zu verlangen, die für sie abgerechnet werden, stört das Kapital. Das ist ihnen zu viel Kontrolle der Privatfirmen, die mit der Pflege Profit machen.



Wohin entwickelt sich die AfD?

Trotz großer Proteste ist die AfD weiter erstarkt – ist eine Regierung unter AfD-Beteiligung überhaupt noch ein Tabu?

Zum Beginn der letzten beiden Jahre gab es riesige Protestwellen gegen das Erstarken der AfD und den Rechtsruck. Während die Proteste 2024, welche die größte Demonstrationsserie der BRD darstellen, noch zu einem kurzem Absinken der AfD in Umfragen geführt hat, haben die „Brandmauerproteste“ Anfang 2025 nichts dergleichen bewirkt. Stattdessen ist, je nach Umfrage, die AfD zur stärksten Kraft geworden. In Sachsen-Anhalt könnte sie bei der Landtagswahl im September sogar eine absolute Mehrheit holen. Da stellt sich die Frage, wohin steuert die AfD und wie lange wird der Begriff „Brandmauer“ für Wirtschaftsverbände und Parteien wie die CDU überhaupt noch ein Thema sein?

Fünf-Punkte-Plan

Das Gesetzesvorhaben „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“ sorgte Anfang 2025 für große Aufmerksamkeit. Nicht etwa wegen des Inhalts, der extreme Verschärfungen, wie dauerhafte Kontrollen an allen deutschen Grenzen oder eine sofortige Inhaftierung von ausreisepflichtigen Personen vorsah, sondern aufgrund dessen, dass das Gesetzesvorhaben von Grünen, SPD und Linken abgelehnt wurde, weswegen die CDU neben den Stimmen der FDP auch die der AfD brauchte. Bundeskanzler Friedrich Merz sagte: „Wir werden sie einbringen, unabhängig davon, wer zustimmt.“ Dies nahm AfDler Bernd Baumann freudig zur Kenntnis und verkündete: „Jetzt und hier beginnt eine neue Epoche. Jetzt beginnt etwas Neues. Und das führen wir an. Sie können folgen, Herr Merz, wenn Sie noch die Kraft dazu haben.“ Die darauffolgende Protestwelle, flachte ähnlich schnell ab wie 2024 und die CDU kam in Umfragen weitgehend unbeschadet davon. Über den Inhalt des Gesetzestextes sprach fast niemand und dass die neue schwarz-rote Koalition auf Bundes- und EU-Ebene

seitdem weitere Verschärfungen in Migrations- und Asylpolitik durchgesetzt hat, ganz ohne AfD, hat kaum für Empörung gesorgt.

Verband der Familienunternehmer

Für einen weiteren Aufschrei sorgte stattdessen die Einladung von AfD-Vertretern zu einer Veranstaltung des Verbands der Familienunternehmer. Die Folge waren Austritte von Konzernen wie Rossmann oder Fritz Kola aus dem Verband und es wurde schnell zurückgerudert. Kurz zuvor erklärte Hauptgeschäftsführer des Verbandes Albrecht von der Hagen noch: „Diese Brandmauer zur AfD – auch auf Bundesebene, die von den meisten Verbänden bislang aufrechterhalten wurde – hat nichts gebracht“ und schlussfolgerte „Wir verabschieden uns von den Brandmauern.“ Und damit war er im Verband nicht allein, die Verbandspräsidentin erklärte: „Empörung allein hat sich als politische Strategie erschöpft. Das Überbieten mit immer heftigeren Antifa-Parolen hat nichts gebracht.“ Der rebellische Rossmannkonzern hingegen wurde für seinen Austritt gefeiert und der Verband scharf kritisiert. Anhand dessen wurde deutlich, dass auch hier es mal wieder mehr um das Prinzip der Brandmauer geht als um die Inhalte der Auseinandersetzung. Die „Familienunternehmer“, zu denen viele der größten Konzerne Deutschlands zählen, sind eine Lobbyorganisation, die gegen Errungenschaften der Arbeiter, wie Tarifverträge kämpft und gleichzeitig sich gegen eine höhere Erbschaftssteuer, sowie eine Vermögenssteuer einsetzen. Dass das mit einigen Forderungen der AfD sehr gut zusammenpasst und der Schritt, den der Verband der AfD entgegenkam, daher wenig verwunderlich ist, kam in der Debatte kaum vor.

Die AfD ist wirtschaftsfeindlich?

Obwohl die AfD als neoliberale Partei bekannt ist, die den Familienunternehmern in ihrer arbeiterfeindlichen Politik um nichts nachstehen, wollen diese also nicht mit der AfD zusammenarbeiten. Das liegt allerdings nicht daran, dass sie eine rassistische Politik betreibt, sondern daran, dass sie dennoch zu „wirtschaftsfeindlich“ sei. Bereits 2024 veröffentlichte der Verband der Familienunternehmer ein Papier mit dem Titel „Die wirtschaftsfeindliche Politik der AfD“. Hier und auch in anderen Kritiken sind vor allem zwei Punkte zu finden: Die AfD fordert 1. ein zu gutes Rentenniveau, welches sie auf 70% anheben möchte und 2. eine Distanzierung Deutschlands von der EU. Der Chefredakteur des Merkur betonte sogar, wie schrecklich Personen wie Höcke seien. Nicht etwa, weil er als einer der rechtsten AfDler bekannt ist, sondern, da er „anders als Weidel keine wirtschaftsliberale Agenda, sondern eine national-soziale“ vertritt. Weidel ist also okay, Höcke nicht, schließlich wird dann die Rente angeblich unmöglich zu finanzieren. Um ihnen das mitzuteilen haben die Familienunternehmer die AfD im Übrigen auch eingeladen. Sie wollten ihnen klar machen: „dass ihr Programm wirtschaftsfeindlich ist und dem Standort Deutschland schadet“.

Die AfD will aber regieren

Die Wirtschaft und weite Teile der Partei- und Medienlandschaft machen nach wie vor klar: Mit der AfD will man nichts zu tun haben. Immer seltener geht es dabei aber um ihre menschenverachtenden Positionen. Selbst die Grünen nannten die AfD auf ihrem letzten Parteitag „vaterlandslose Gesellen“, da die AfD ihnen zu russlandnah ist. Ähnlich sieht es bei der CDU/CSU aus. Der CDU-Abgeordnete Marc Henrichmann bezeichnete die AfD jüngst als „russlandtreue Schläferzelle“ und warf ihr ebenfalls vor nicht patriotisch zu sein. Darüber könnte man sich aufregen, doch ist diese Kritik nur ehrlich. Schließlich steht die AfD in ihrer Außenpolitik, entgegen der Interessen weiter Teile des deutschen Kapitals. So versucht das deutsche Kapital aktuell insbesondere mit Hilfe der EU seine Macht zu sichern und tut alles dafür, den Ukrainekrieg mit militärischen Mitteln zu gewinnen - mittlerweile in eindeutiger Konkurrenz zum US-Imperialismus.

Die AfD steht dabei sowohl für die Teile des deutschen Kapitals, die sich die Nähe zu Russland von vor 2022 zurückwünschen, selbstverständlich ohne Deutschland zu einem Anhängsel Russlands zu machen, wie die herrschenden Medien dieses Verhältnis gerne darstellen. Durch diese Nähe und die Haltung zur EU ist die AfD aktuell noch außenpolitisch überwiegend isoliert. Schließlich hat das deutsche Kapital ein eindeutiges Interesse an einer EU mit einem starkem Deutschland als Anführer und Hauptprofiteur. Dies erklärt, wieso die AfD, wenn auch sehr langsam, ihre EU-Feindlichkeit nach und nach aufweicht. So stand noch 2017 im Programm der AfD, dass wenn man es nicht schaffen würde die EU zu reformieren, der Austritt Deutschlands die Konsequenz sein müsse. Zur Bundestagswahl 2021 schrieb man, ein Austritt Deutschlands aus der EU sei „notwendig“, um die im Parteiprogramm von 2016 angestrebte „Wirtschafts- und Interessensgemeinschaft“ aufbauen zu können. Im Bundestagswahlprogramm 2025 sprach man von einem „Bund europäischer Nationen“. Das man, wenn sich nicht alle EU-Länder dem Fügen würden, aus der EU austreten müsse, wurde gestrichen. Gleichzeitig findet sich in der Propaganda der AfD immer seltener eine Kritik an der EU. Außerdem entdeckte die AfD erst vor kurzem, wie die EU ihr auch nützen kann. So wurde Mitte Dezember im Europaparlament für eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten gestimmt. Unterstützt wurde das Vorhaben der EVP, der Europafraktion der CDU/CSU, mit Stimmen der AfD und anderer rechter Parteien, ohne die keine Mehrheit zustande gekommen wäre. Die Brandmauer ist also erneut bei einer Abstimmung über Asylrechtsverschärfungen gefallen, die Kritik bspw. der Grünen beschränkte sich erneut überwiegend nur auf

das Fallen der Brandmauer und kaum auf den menschenfeindlichen Inhalt des Vorhabens.

Während die AfD also daran arbeitet ihre außenpolitische Position auf das Interesse breiterer Teile des deutschen Kapitals auszurichten, bieten insbesondere die innenpolitischen Positionen der AfD eine Perspektive zur Regierungsbeteiligung. Schließlich sind diese besonders repressiv gegen Migranten und Asylsuchende, aber auch gegenüber Arbeitern und fortschrittlichen Kräften. So möchte die AfD noch härter als die Merz-Regierung abschieben, wobei die AfD insbesondere die „illegale“ Migration bekämpfen will, während sie gleichzeitig für „maßvolle und ausgewählte Migration qualifizierter Fachkräfte“ steht.

Es bleibt abzuwarten, ob die AfD ihre Positionen zu Europa weiter aufweicht und auf was für eine Europapolitik sich die CDU und die AfD in Zukunft einigen könnten. Für eine Kooperation auf Landesebene, sollte dies aber auch nicht das vorrangige Thema sein. Ähnliches gilt für die Rente, bei welcher allerdings zu erwarten ist, dass die AfD ihre Forderung nach einem Rentenniveau von 70%, früher oder später fallen lässt. Zum Vergleich: selbst die Linkspartei fordert lediglich 53% und das bei einem vermeintlich sozialistischem Selbstanspruch.

Generation Deutschland statt Junge Alternative

Einen weiteren Schritt in Richtung Regierungsbeteiligung machte die AfD erst jüngst mit der Gründung ihrer neuen Parteijugend „Generation Deutschland“. Während der Verein „Junge Alternative“ der AfD zwar eindeutig nahestand und von ihr als Jugendorganisation anerkannt wurde, war sie gleichzeitig formal unabhängig und keine eigene Parteigliederung. Dies ist bei der Generation Deutschland nun anders, was der AfD einige Vorteile bietet. So wurde die Junge Alternative bundesweit seitens des Verfassungsschutzes als rechtsextrem eingestuft, was die Gefahr eines Vereinsverbots mit sich brachte. Die Generation Deutschland kann nicht so einfach verboten werden, dafür müsste die AfD als Partei verboten werden.

Eigene rechtsextreme Positionierungen und die Zusammenarbeit mit faschistischen Organisationen und Gruppierungen bleiben dennoch erhalten, nun aber mit weniger Verbotssorgen. Verbindungen zur Identitären Bewegungen beispielsweise werden weiter institutionalisiert, durch die Nähe zur Organisation, seitens des neuen Vorsitzende der Generation Deutschland Jean-Pascal Hohm. Dennoch behält sich die AfD vor, stärker auszusortieren, wenn ihr Positionen oder die Vergangenheit von einzelnen Jugendlichen, die beitreten wollen, nicht passen, weil sie für sie beispielsweise taktisch unklug oder skandalbehaftet sind und so die Partei von breiteren Teilen der Gesellschaft isolieren würden. So ist der Beitritt in die Generation Deutschland nun zuerst an eine AfD-Mitgliedschaft geknüpft, wodurch nicht die Jugendorganisation, sondern die Mutterpartei überwacht, wer beitreten darf.

Die Generation Deutschland soll eine Kaderschmiede für die AfD werden. Parteivorsitzende Alice Weidel machte deutlich, dass es diese Kader „für die Regierungsverantwortung“ brauche. Nach dieser greift die AfD mehr und mehr. Die AfD hat erkannt, dass ihr neben der breiten Zustimmung aus der Bevölkerung nur noch einige Schritte fehlen, um eine Regierung bilden zu können, mit der Wirtschaftsverbände und CDU zufrieden sind. Wie lange es dauert, die jeweils skeptischen Teile beider Parteien und breitere Teile des Kapitals zu überzeugen, bleibt fraglich. Sicher ist, dass die Landtagswahlen 2026 für die Arbeiterklasse unter einem schlechten Vorzeichen stehen.

Nach dieser greift die AfD mehr und mehr. Die AfD hat erkannt, dass ihr neben der breiten Zustimmung aus der Bevölkerung nur noch einige Schritte fehlen, um eine Regierung bilden zu können, mit der Wirtschaftsverbände und CDU zufrieden sind.

WIR BRAUCHEN EINEN LANGEN ATEM

AM 5.12. STREIKTEN 55.000 SCHÜLER IN GANZ DEUTSCHLAND GEGEN DIE WEHRPFLICHT, DEREN SCHRITTWEISE WIEDEREINFÜHRUNG AN DIESEM TAG IM BUNDESTAG MIT DEM NEUEN WEHRDIENSTGESETZ BESCHLOSSEN WURDE. DOCH MIT DEM BESCHLOSSENEN GESETZ IST DER KAMPF KEINESWEGS VERLOREN – IM GEGENTEIL, ER WIRD EINEN LANGEN ATEM BRAUCHEN.

Die Debatte rund um die Wehrpflicht ist in den letzten Monaten präsent. Das Schwanken der Regierung, die immer wieder neue Vorschläge aufbrachte – von sofortiger Pflicht für alle bis zu Losverfahren – ist dabei kein Zufall. Einerseits gibt es tatsächlich unterschiedliche Bewertungen dazu, wie die Truppenstärke der Bundeswehr am effektivsten gestärkt werden kann. (Dass die Bundeswehr gestärkt werden muss, darüber besteht in der Politik- und Medienlandschaft weitgehend Einigkeit). Einige Stimmen erklärten, dass ein Wehrdienst für alle zu teuer wäre und die Strukturen der Bundeswehr überlasten würde. Andere versuchen, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen und durch ein Gesellschaftsjahr auch dringend benötigte, billige Arbeitskräfte im sozialen Bereich gleich mitzubeschaffen. Doch dass diese verschiedenen Positionen öffentlich abgewogen wurden, hat auch einen weiteren Effekt: Die Reaktion wird getestet. Denn wir alle wissen, dass es vor wenigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre, mit dem Argument eines drohenden, großen Krieges die gesamte Jugend zu militärischem Dienst zu verpflichten. In der Zwischenzeit wurde ein gesellschaftliches

Klima geschaffen, dass zahlreiche Tabus gebrochen hat. Denn es war nicht abzusehen, ob die Wiedereinführung der Wehrpflicht ohne großen Widerstand über die Bühne gehen würde. Und so wurde hin- und her diskutiert, der Aspekt der Freiwilligkeit immer weiter aus den Entwürfen gestrichen und sich am Ende auf einen Kompromiss geeinigt, der wie das geringere Übel aussehen soll: 260.000 Soldatinnen und Soldaten soll die Bundeswehr umfassen – das wären 80.000 mehr als heute. Dafür bekommen alle ab Jahrgang 2008 Fragebögen zugesandt (unter anderem zur Bereitschaft zum Wehrdienst), die von den Männern auch beantwortet werden müssen. In 24 noch aufzubauenden Musterungszentren sollen die Männer dann flächendeckend gemustert werden, sobald dafür die Kapazitäten geschaffen sind, und ihre Wehrfähigkeit so geprüft werden. Der eigentliche Wehrdienst bleibt dann vorerst freiwillig – sollte die gewünschte Truppenstärke der Bundeswehr so nicht erreicht werden, sieht das Gesetz eine schnelle und einfache Wiedereinführung der Wehrpflicht vor und die Freiwilligkeit ist schnell Geschichte.

Warum ist die Jugend gegen die Wehrpflicht?

Der Zwang ist schon heute einer der Hauptgründe, warum ein Großteil der Jugend gegen dieses Gesetz ist. Circa zwei Drittel sprechen sich in Umfragen dagegen aus – während in der Gesamtbevölkerung eine Mehrheit dafür zu sein scheint. Doch auch die weit verbreitete Gegnerschaft in der Jugend ist nicht zwangsläufig Ausdruck einer antimilitaristischen Haltung, sondern hat ganz unterschiedliche Ursachen: Einschränkung der individuellen Freiheit, das allgemeine Gefühl, als Jugend nicht gehört zu werden oder die persönliche Präferenz anderer Tätigkeiten.

Kein Wunder, denn eine antimilitaristische Haltung ist gerade heute keineswegs der einfache Weg. So wurde im Vorlauf des Schulstreiks in Interviews immer wieder deutlich, dass das Argument der „Bedrohung aus dem Osten“ heute nur aus der Schublade gezogen werden braucht, um zu verunsichern. Selbst die Bundesschülerkonferenz sprach sich (entgegen der Haltung des Großteils der Jugend) nicht gegen die Wehrpflicht aus. Und obwohl der Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz, Quentin Gärtner, auf Nachfrage in einem





Interview des phoenix sogar festhielt, dass die Ablehnung des Wehrdienstes „tatsächlich nicht die Haltung der Bundesschülerkonferenz“ sei, dass aber Investitionen in die Zukunft und mentale Gesundheit eben auch wichtig seien, blieb auch er nicht verschont: „Diese Investitionen werden wahrscheinlich nichts ausrichten können gegen die aktuelle Bedrohung von Russland beispielsweise, was ist denn ihre Antwort darauf?“ Auch aufgrund dieses massiven ideologischen Drucks sah es lange so aus, als würde das Gesetz ohne spürbare Reaktion aus der Jugend verabschiedet werden – bis einige Tage vor dem 5. Dezember.

Der Schulstreik

Schon seit Monaten wurde in zahlreichen Städten in Bündnissen unter dem Namen „Nein zur Wehrpflicht“ ein Protest geplant. Dieser sollte mit einem Streik derjenigen verbunden werden, die von diesem Gesetz am direktesten betroffen sein werden: Der Schülerschaft. Die Bewegung nahm in den Wochen vor dem 5.12. an Fahrt auf. An zahlreichen Schulen bildeten sich Streikkomitees mit dem Ziel, für den großen Schulstreik zu mobilisieren – bereits am 27. November verkündete das Bündnis, dass diese in 90 Städten bestehen. In einigen Bundesländern riefen Landesschülervertretungen mit auf. Auch die GEW und die Gewerkschaftsjugend unterstützten die Aktionen vielerorts, Studierendenvertretungen, Jugendorganisationen und auch die Linkspartei riefen mit auf. Auch in den sozialen Medien wurde der Streik ein immer größeres Thema, Videos zum Thema gingen viral. Grund genug für Verteidigungsminister Boris Pistorius, am Tag vorher ein Video aufzunehmen, in dem er lobte, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland solche Streiks überhaupt zulässt und dass Staat und Demokratie eben verteidigt werden müssten – dafür sei der Wehrdienst da. Dass das nicht stimmt, spürten die Schüler der Streikkomitees häufig selbst: In Medien und an vielen Schulen wurde versucht, Schüler einzuschüchtern und mit Konsequenzen fürs Streiken bis hin zum Schulverweis gedroht. Auch wurden einige Streikkundgebungen und Zubringer De-

mos von Polizei und Versammlungsbehörde behindert und verboten oder die anwesenden Schüler eingeschüchtert. Doch die Streikenden ließen sich nicht beirren.

Bereits am Vormittag kamen die ersten Meldungen: 10.000 in Berlin, 5.000 in Hamburg, am Vorabend 4.000 in München, 1.000 in Essen, 1.000 in Frankfurt, 1.500 in Göttingen, Stuttgart fast 1.000... Insgesamt waren 55.000 Schülerinnen und Schüler auf der Straße. Die Demozüge waren geprägt von Schildern und Bannern, die eine klare Haltung vermittelten: Gegen die Wehrpflicht, aber auch gegen den Krieg insgesamt. Viele Botschaften machten eine klare Klassenperspektive auf: „Merz, geh doch selbst an die Front“, „Ihre Kriege führen wir nicht“ oder „Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft“. In vielen Städten sprachen neben Schülern aus den Streikkomitees auch Gewerkschaftsjugend und Schülervertretungen oder solidarische Beschäftigte. So kamen in einigen Orten Lehrer mit ihren Schulklassen zum Streik und in München sprachen Beschäftigte der Tram, die sich weigern, Straßenbahnen mit Bundeswehr-Werbung zu fahren.

Befragte man die Passanten am Straßenrand, dann stellte sich teils ein anderes Bild dar, als Meinungsumfragen vermuten lassen. Der Großteil der Erwachsenen drückte, teils begeistert, ihre Solidarität aus und auch viele, die prinzipiell für die Wehrpflicht waren, unterstrichen, dass die Bundesregierung mehr für den Frieden tun müsse und dass die Angst der Jugend in diesen Zeiten durchaus berechtigt sei. Auch Medien schienen teils von dem Aufgebot der Streiks überrascht, die Berichte über die Demos wurden immer zahlreicher.

Der 5.12. markiert einen Tag, an dem etwas an die Oberfläche gebrochen ist, was schon lange brodelte. Die Ablehnung der Jugend gegen die Wehrpflicht hat sich in Widerstand verwandelt – und das war erst der Anfang.

Langer Atem nötig

Dass das Wehrpflichtgesetz verabschiedet wurde, darf nicht als Ende der Bewegung betrachtet werden – im Gegenteil. Die ersten Fragebögen werden bald verschickt, zu den

ersten Musterungen wird eingeladen werden und die Freiwilligkeit wird weiterhin diskutiert und angegriffen werden. Wenn der Generalstabschef der französischen Armee heute offen und ehrlich zugibt, dass wir „akzeptieren [müssen], unsere Kinder zu verlieren“, um „zu schützen, was wir sind“, dann ist damit auch der Kurs der Bundesregierung nur etwas ehrlicher ausgesprochen. Doch die Jugend hat auch gezeigt, dass sie dieses Schicksal nicht einfach hinnehmen wird. Die jahrelange Erfahrung, dass die Zukunft in diesem System keineswegs gesichert ist, sei es durch Rente oder fehlende Berufsperspektiven, trägt zur Bereitschaft bei, auf die Straße zu gehen. Zwei Jahre Palästina-Bewegung, in der zahlreiche Jugendliche die Waffenlieferungen Deutschlands an einen Genozid in Echtzeit mitverfolgen konnten, haben ihr übriges zu einer Politisierung von Teilen der Jugend beigetragen. Es ist diese Stimmung, die zum Erfolg des Streiks beigetragen hat. Jetzt gilt es, die Bewegung nicht abflachen zu lassen, sondern sie im Gegenteil weiter aufzubauen. So ist der nächste Schulstreik für den 5. März bereits angesetzt, die Schulstreikkomitees bleiben bestehen und sollen an noch mehr Schulen gegründet werden. Die nächsten Monate und Jahre werden davon geprägt sein, die Jugend immer weiter in die Kriegstüchtigkeit hineinzuziehen – und somit zahlreiche Anlässe für Gegenwehr bieten. Es ist bereits abzusehen, dass diese junge Bewegung einen langen Atem braucht. Der Widerstand gegen Krieg und Militarisierung ist schwer zu integrieren und in systemerhaltende Bahnen zu lenken, wie es bei der Umweltbewegung immer wieder versucht wurde. Mit der Zeitenwende wurde die Militarisierung hin zur Kriegstüchtigkeit zu einem der obersten Ziele des deutschen Imperialismus erklärt, um in der internationalen Konkurrenz die eigenen Interessen auch militärisch verteidigen zu können. Eine Bewegung, die dieses Ziel in Frage stellt, kann zu einem Problem für die Ziele des deutschen Imperialismus werden. Umso wichtiger wird es sein, sich mit den richtigen Argumenten auszurüsten, um die intuitive Kriegsgegnerschaft weiter zu einem Widerstand gegen Militarismus zu entwickeln. Denn die Jugend hat Recht damit, dass es nicht ihre Interessen sind, die in kommenden Kriegen verteidigt werden sollen. Ein Blick in die Ukraine, wo heute Wehrpflichtige an die Front gezwungen werden und Hunderttausende desertieren müssen, um einem Krieg zu entgehen, in dem sie nichts zu gewinnen haben, reicht aus, um diese Wahrheit zu unterstreichen. Der 5.12. darf nicht das Ende, sondern nur der Anfang sein.

WER WILL KEINEN FRIEDEN?

Der Ukrainekrieg, die Neuordnung der Welt und der deutsche Imperialismus.

eine Beteiligung von NATO-Truppen ausgeschlossen, verschließt sich einer solchen Form der Sicherheitsgarantie jedoch nicht mehr vollständig. Die Frontlinie zwischen NATO und Russland wäre so zumindest um eine (wie auch immer geartete) inner-ukrainische Grenze länger.

Wie die finale Grenzaufteilung aussehen wird, bleibt offen. Irrelevant ist die Grenzfrage aus verschiedenen Gründen nicht. Ein vollständige russische Einnahme des Donbass verschiebt eine zukünftige Kriegsgrenze automatisch gen Westen. Zudem ist der Donbass, insbesondere die Grenzregion Luhansk-Donezk besonders reich an Rohstoffen. Eine entmilitarisierte Wirtschaftszone, wie sie durch den 28-Punkte-Plan favorisiert wird, könnte die wirtschaftliche Nutzung der Region seitens der westlichen Player deutlich vereinfachen und eine russische Sperre verhindern.

Besonders passend schien daher auch das Treffen des deutsch-ukrainischen Wirtschaftsforum am Rande der Berliner Gespräche, das verdeutlichte, dass die Ukraine einer der Standorte ist, an welchem deutsche Konzerne hohe Profite einfahren wollen. Zur Unterstützung der wirtschaftlichen Ambitionen schnürt das Wirtschaftsministerium ein Wiederaufbau-Programm für zinsvergünstigte Darlehen im Wert von 45 Millionen Euro. Auch deutsche Unternehmen sollen kräftig in die Ukraine investieren und sich an ihren Renditen mästen. Der Ukraine bleibt dabei kaum eine andere Wahl. Der hochverschuldete Staat, der ohne weitere Gelder bis 2026 insolvent sein könnte, hat mit der EU seinen größten Gläubiger vor sich. So oder so wird man



Dass das Gipfel-Treffen über ein mögliches Ende im Ukrainekrieg dieses Mal in der deutschen Hauptstadt Berlin und nicht im schweizerischen Genf oder US-amerikanischen Florida stattfindet, mag auf den ersten Blick eine bloße diplomatische Manier sein. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Spannungen auf globaler Bühne erscheint das Agieren des Bundeskanzleramtes jedoch alles andere als zufällig. Die „Ukraine-Gespräche“ signalisieren einen sich seit langem entwickelnden Wendepunkt in der zwischen-imperialistischen Konstellation innerhalb des westlichen Blocks. Der Krieg mag noch nicht vorbei sein, die nächste Konfrontation wird jedoch schon vorbereitet.

Der ukrainische Kuchen und die Frage nach seiner Aufteilung

Die „Ukraine-Gespräche“ haben nicht zu einem Ende des Ukrainekriegs geführt. Der Zweck der Gespräche war auch keine Beendigung des Krieges. Dafür hätte es eine russische Verhandlungsdelegation gebraucht. Der eigentliche Zweck des Berliner Treffens liegt vielmehr in der Aushandlung der divergierenden Interessen der westlichen Verbündeten. Damit einhergeht das Signal der EU-Länder und allen voran Deutschlands nicht tatenlos den US-Bemühungen zur Verständigung einer Beilegung des Krieges zuzusehen. Brüssel und Berlin

reagieren auf den vor Kurzem vorgelegten 28-Punkte-Plan Washingtons und wollen und müssen im Bewusstsein der eigenen imperialistischen Ziele diesen Plan korrigieren und anpassen.

So sollen die Frozen Assets der Russischen Zentralbank nicht ohne weiteres nach Washington transferiert werden, wie es der Plan vorsieht. Die EU soll mit Hilfe der russischen Gelder selbst als Kreditgeber für die Ukraine fungieren. Gleichzeitig bleiben Kiew und Brüssel trotz US-Forderungen nach Gebietsabtretungen unentschieden. Die im 28-Punkte-Plan geforderten vollständigen Gebietsabtretungen der Region Donezk und Luhansk erfuhren keine Zustimmung. Doch rudert Kiew mit der angestrebten und in der Verfassung verankerten NATO-Mitgliedschaft zurück.

Des Weiteren sollen NATO-Verbände die Sicherheitsgarantien durch Stationierung in der Ukraine abdecken. Das hieße eine Revision des bisherigen 28-Punkte-Plans, in welchem die entsprechenden Garantien vage gehalten wurden. Außerdem soll die ukrainische Armee von einer bislang vorgeschlagenen Begrenzung auf 600.000 Soldaten auf 800.000 Soldaten aufgestockt werden. Besonders heikel ist dabei die geplante Friedenstruppe im Anschluss an den Krieg, zusammengesetzt aus u.a. nicht-ukrainischen Verbänden. Moskau hat bislang

auf weitere „Hilfen“ angewiesen sein, auf Wiederaufbau-Investitionen, weitere Darlehen, etc. Schon jetzt ist die Abhängigkeit aus dem Ausland zu groß. Wie scham- und rücksichtslos Berlin und Brüssel vorgehen, sieht man nicht zuletzt am bereits oben erwähnten möglichen Ukraine-Kredit, finanziert durch die Frozen Assets. Kiew müsste den Kredit zurückzahlen, falls Moskau Reparationszahlungen an die Ukraine leisten sollte. Die EU würde so oder so verdienen.

Der deutsche Imperialismus reagiert, weil er reagieren muss

Der Kanzler wagt, was seine Vorgänger nie so offen zeigen wollten. Merz möchte offen und ohne drumherum zu reden, Führung übernehmen und Deutschland zur Führungsmacht ausbauen. Berlin als Zentrum der Gespräche über eine mögliche Lösung des Krieges eignet sich sowohl medial wie auch politisch, um die Zeitenwende auch vier Jahre nach ihrer Verkündung lebendig zu halten. Berlin und Brüssel möchten am Tisch der Entscheidungen sitzen und signalisieren, dass ohne ihre Einbeziehung keine Lösung gefunden werden kann.

Schließlich muss der deutsche Imperialismus reagieren. Washington legte den 28-Punkte-Plan im Anschluss an den vor einigen Monaten mit Kiew im April ausgehandelten Rohstoff-Deal vor, der den Druck, die strategisch- und ökonomisch-kritischen Rohstoffe wie seltene Erden für die eigene Industrie zu sichern und sich damit einen entscheidenden Vorteil in der Positionierung auf dem Weltmarkt zu schaffen. Damit versuchte Washington, mit der EU gleichzuziehen, die bereits 2021 eine „strategische Partnerschaft für Rohstoffe und Batterien“ mit der Ukraine vereinbarte und durch Instrumente wie das „Ukraine Facility“ den Druck auf Kiew erhöhte, entsprechende Reformen zu Gunsten der Rohstoffgewinnung umzusetzen. Zwei Drittel der von der EU als kritisch eingestuften Rohstoffe befinden sich in den Böden der Ukraine. Die Böden selbst sind aufgrund ihrer Fruchtbarkeit heiß begehrt und werden in der kommenden Zeit für die Kontrolle des weltweiten Lebensmittelanbaus nicht unwichtig sein. Daher wäre der nun nicht mehr erreichbare Sieg über Russland die beste aller zukünftigen Welten für die EU und Deutschland gewesen.

Washington versucht also, den Ambitionen seiner europäischen Verbündeten, Zugriff auf die strategisch wertvollen Schätze der Ukraine zu erhalten, einen Riegel vorzuschieben. Der von Washington veröffentlichte Plan sieht eine Ausbeutung der Rohstoffe, den Auf- und Ausbau einer Gas-

Infrastruktur usw. vor, ohne Brüssel als gleichberechtigten Geschäftspartner namentlich zu erwähnen. Zwar räumen die USA ein, dass die Ukraine Mitglied der EU werden kann und bis dahin „bevorzugten Zugang zum europäischen Markt“ erhalten soll. Doch scheint dies mehr ein Zugeständnis an Kiew zu sein, um den Rohstoffdeal schließlich in trockene Tücher zu bringen.

Wie bereits oben angeschnitten soll der US-Vorschlag, den Donbass zu entmilitarisieren, ermöglichen, die insbesondere im Osten liegenden seltenen Erden und Lithium-Vorkommen leichter ausbeuten zu können. Im Gegensatz zu Brüssel bietet Trump Russland gute Argumente an, diesen Vorschlag nicht vollständig abzulehnen. Im Gegenzug verspricht der 28-Punkte-Plan eine teilweise Rehabilitierung Russlands in Form einer G7-Mitgliedschaft und der gemeinsamen Ausbeutung von Rohstoffen in der Arktis. Die Ironie der Geschichte ist, dass sich die Ukraine nach bald vier Jahren Krieg und 12 Jahren Bürgerkrieg um ihre vermeintliche Unabhängigkeit der EU anschließen wird, während die Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt jedoch mit einer weiteren Verschärfung der Konkurrenz um die Schätze der Ukraine einhergeht, die die Abhängigkeit und Fremdbestimmtheit der Ukraine weiter steigen lässt.

Die unmittelbare und uneingeschränkte Umsetzung des 28-Punkte-Plans wäre für Berlin und Brüssel also der worst case. Doch auch in Anbetracht der deutschen Aufrüstungsbestrebungen wäre ein jähes Ende des Krieges nicht unbedingt zuträglich; gerade wenn der Krieg mit einem Kompromiss endete, welcher einer Niederlage für die EU gleichkäme. Zwar bliebe im Falle eines Kriegsendes das Horror-Szenario der „russischen Gefahr“ bestehen. Doch ließe sich die Militarisierung nicht mehr so widerstandslos und kontrollierbar umsetzen, wie bisher. So lange es eben geht, versucht Berlin daher Zeit zu gewinnen und durch die Verlängerung des Krieges und die damit einhergehende Ermutigung der Selenskyj-Regierung zur Durchsetzung der eigenen Interessen (insofern noch von „eigenen“ Interessen der Ukraine die Rede sein kann), das Ende des Krieges frühestens ins nächste Jahr zu verschieben. Die Verlängerung könnte allerdings den Handlungsspielraum für die USA verengen und ihnen Zugeständnisse bezüglich der Ausbeutung der ukrainischen Rohstoffe aufzwingen.

Um jedoch dem eigenen Anspruch nach einer deutschen Führungsrolle gerecht zu werden, müssen eigenständige Schritte in

Richtung Militarisierung gegangen, also auch die Abhängigkeit von militärischen Gütern aus den USA verringert werden. So sollen nur 8 Prozent der Rüstungsprojekte, die zwischen September 2025 und Dezember 2026 durch den Haushaltsausschuss bewilligt werden sollen, an US-Unternehmen gehen. Gleichzeitig soll die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich ausgebaut werden, wie der kürzlich veröffentlichte Zehn-Punkte-Plan der Bundesregierung darlegt. Ein Verbindungsbüro soll in Berlin eingerichtet werden, welches Rüstungskoooperation koordinieren wird. Der Schritt des Kanzlers reiht sich ein in den Marsch für einen militärisch unabhängigen deutschen Imperialismus. Ob nun die NATO in ihrer jetzigen Form in den kommenden Jahren noch existiere oder nicht: Berlin muss vorbereitet sein und kann mit der deutsch-ukrainischen Kooperation die eigene zukünftige Vormachtstellung in Europa zementieren.

Die letzten vier Jahre waren eine Phase der Neuordnung und ein bloßes Vorspiel

Der Ukrainekrieg stellt eine Zäsur und einen Brandbeschleuniger der Neuordnung der globalen Verhältnisse zwischen den Groß- und aufsteigenden Mächten dar. Seit langem war die zwischenimperialistische Konfrontation nicht so unmittelbar gewesen, wie mit dem Einmarsch Moskaus und der gegenüberliegenden Kriegsunterstützung von Washington, Brüssel und Berlin. Auch wenn bisher keine NATO-Truppen offen in der Ukraine operierten, so war der mögliche Zusammenstoß und die damit einhergehende Eskalationsspirale an einem Kipppunkt.

Es wäre zu verfrüht, langfristige Gewinner in der Neuordnung ausmachen zu wollen. Doch lässt sich ein gewisses Muster in der US-Strategie, diesen Krieg zu führen, herauslesen. Kurz vor der russischen Invasion machte der damalige US-Präsident Biden in Gegenwart des damaligen Bundeskanzlers Scholz deutlich, dass die deutsch-russische Gaspartnerschaft — die ihren Ausdruck u.a. durch die Nord Stream-Pipelines fand — im Falle eines russischen Angriffs ein Ende haben müsse. Die deutsch-russische Partnerschaft zerfiel und der deutsche Imperialismus begann auf Biegen und Brechen das größte Aufrüstungsprogramm seiner Geschichte aufzulegen. Derweil verhärtete sich die deutsch-europäische Front gegen Russland weiter, während gleichzeitig das deutsche Wirtschaftswachstum zu stagnieren begann, was unter anderem auf die unterbrochene Versorgung mit billigem russischem Gas zurückzuführen ist.

Die letzten vier Jahre waren eine Phase der Neuordnung zwischen-imperialistischer Verhältnisse und — wie es jetzt immer deutlicher wird — erst das Vorspiel einer noch massiveren Neuordnung. Vor dem Hintergrund der erst kürzlich veröffentlichten nationalen Sicherheitsstrategie Washingtons reduziert Trump das bisherige USA-„Rest der Welt“-Verhältnis auf bilaterale Verhältnisse, welche am sichtbarsten durch die massiven Zollerhebungen neugeordnet werden. Das ist kein Wunschdenken, sondern eine notwendige Konsequenz, gezogen aus den Verhältnissen einer anbrechenden multipolaren Phase. Anstelle einer „unantastbaren“, welt-umspannenden Dominanz tauchen nun so genannte Einflussphären im Vokabular des US-Strategiepapiers auf.

Die EU wird zu einem zunehmenden Hindernis und unkontrollierbaren Faktor für Washington innerhalb der westlichen Einflussphäre. Brüssel nimmt hier eine ambivalente Rolle ein. Zum einen liegt die Union innerhalb der durch Washington definierten eigenen Sphäre und ist noch dazu mit ihm verbündet. Doch zum anderen ist Brüssel als imperialistisches Bündnis ein Konkurrent; ökonomisch auf Augenhöhe, militärisch auf dem Weg zukünftig mit Washington mithalten zu können und damit eigenständiger und eben unkontrollierbarer zu werden. Diese Widersprüchlich- und Doppeldeutigkeit der US-EU-Beziehungen ruft Trump auf den Plan, die EU als Bündnis zu schwächen, indem mitunter rechte, reaktionäre etc. Kräfte unterstützt werden, die mit der angeblichen Verteidigung der Volkssouveränität in Wirklichkeit die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Kapitalistengruppen vertreten. Damit wird eine gemeinsame imperialistische Politik der EU verhindert. Keine der konkurrierenden Mächte möchte eine Dominanz Deutschlands. Auch Russland hat genauso wie die USA kein Interesse an einer Stärkung der imperialistischen Konkurrenz EU-Deutschland. Sowohl die USA wie auch Russland arbeiten freundschaftlich mit der AfD zusammen. Das Verbindende sind nicht konservative, rechtsradikale „Werte“. Vielmehr werden diese „Werte“ genutzt, um die EU und vor allem eine Führung des deutschen Imperialismus zu verhindern bzw. zu schwächen.

Aus US-Sicht wurde Deutschland bereits entschieden geschwächt und diese wahrgenommene Schwäche wird durch spöttische Worte des Mitleids zum Ausdruck gebracht. Die Zusammenarbeit des deutsch-russischen Kapitals wurde unterminiert und die damit zusammenhängenden Gefahren für den US-Imperialismus minimiert. Moskau ist in der Zwischenzeit zwar notgedrungen näher an Peking gerückt, doch bedeutet für Putin auch die Annäherung an China eine zunehmende Unterordnung, nicht zuletzt aufgrund des ökonomischen Bedeutungsverlustes. Der russisch-chinesische Block ist mehr ein durch äußere Faktoren zu verstehendes, widersprüchliches Gebilde. Daher profitiert auch der Kreml von der Annäherung des Weißen Hauses. Trump handelt dabei ähnlich wie damals Nixon, wenn es um die Ausnutzung dieser Widersprüche geht; nur dass dieses Mal die Rollen Moskaus und Pekings vertauscht sind.

Durch den Ukrainekrieg konnte Washington also einen tieferen Bruch in der deutsch-russischen Kapitalzusammenarbeit verursachen. Beide Seiten auseinanderdividiert, konnte die USA die Gefahren eines zu schnell erstarkenden deutschen Imperialismus verhindern. Was nun jedoch kommen mag und wie die nächste Phase der Konfrontation aussieht, bleibt noch offen. Was sich jedoch bereits abzeichnet, ist die Tatsache, dass die letzten vier Jahre nur das Vorspiel einer weitaus größeren zwischenimperialistischen Konfrontation in der Zukunft darstellen, in welcher auch der deutsche Imperialismus eine noch aktivere Rolle spielen will.

Mit der jüngst veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) macht die US-Regierung deutlich, dass sie den Erzählungen vom Niedergang des US-Imperialismus entgegentreten will. Sie ist kein sicherheitspolitisches Papier, sondern ein Dokument der imperialistischen Neuorientierung in einer Phase verschärfter globaler Konkurrenz, um die Vormachtstellung des US-Imperialismus zu sichern. Die Strategie setzt auf die Aufrechterhaltung des Einflusses in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent, den Ausbau der Macht im indo-pazifischen Raum, eine stärkere Position in Asien sowie die Kontrolle von Energiequellen und Transportwegen im Nahen Osten.

Die Vorstellung, Trumps „America First“ stehe für eine Abkehr von imperialistischer Politik, verkennet den Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik im Kapitalismus. Das Strategiedokument zeigt klar: Die USA ziehen sich nicht zurück, sondern passen ihre Instrumente an. Die NSS 2025 bündelt und systematisiert jene Linie, die Trump und J. D. Vance zuvor auf verschiedenen Plattformen bruchstückhaft formuliert hatten.

Bruch mit der neoliberalen Globalisierungspolitik

Die Strategie markiert einen bewussten Bruch mit der neoliberalen Globalisierungspolitik der Nach-Kalten-Kriegs-Ära. Dieser Bruch ist weder bloß ideologisch noch Ausdruck persönlicher Vorlieben Trumps, sondern Ergebnis veränderter Klasseninteressen. Die globale Öffnung und Neuorganisation der Produktion stärkten zwar lange Zeit das US-Kapital, führten im Inneren jedoch zu Deindustrialisierung, regionalen Ungleichheiten und sozialer Zersetzung.

Entscheidend ist: Globalisierung erzeugt aus Sicht des US-Kapitals keinen klaren Gewinn mehr, sondern stärkt geopolitische Rivalen – vor allem China. Diese Entwicklung hat Teile der US-Bourgeoisie in ein globalisierungskritisches Lager gedrängt.

Spaltung innerhalb der herrschenden Klasse – Verhältnis zu Russland und China

Seit 2016 verkörpert Trump einen Flügel der US-Bourgeoisie, der für eine Änderung der Konfrontationsstrategie steht: Spannungen mit Russland abbauen, Russland von China lösen und sich anschließend auf China konzentrieren. Demgegenüber steht der von Clinton, Biden und vielen europäischen Regierungen vertretene Ansatz, die Spannungen gleichzeitig sowohl mit Russland als auch mit China zu verschärfen und gegen beide einen kalten und, wenn nötig, auch heißen Krieg zu führen.

Die neue Sicherheitsstrategie folgt klar der ersten Logik. Auf die Frage, ob die USA beide Rivalen zugleich bekämpfen können, lautet die Antwort: Frieden mit Russland, um China effektiver entgegenzutreten. Entsprechend positiv fiel die Reaktion aus Moskau aus. Russland bezeichnete die neue Strategie als „weitgehend im Einklang mit den Ansichten Moskaus“. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, er hoffe, dass dieser strategische Wandel eine Garantie dafür darstelle, dass beide Länder gemeinsam an einer Lösung der Ukraine-Frage arbeiten könnten. Die Konfrontation mit China macht den Kurswechsel am deutlichsten sichtbar. Obwohl die Hetze gegen China rhetorisch abgenommen hat, gilt sie als Beweis dafür, dass die Globalisierung gegen US-Interessen gewirkt hat. Es ist zu einem Konkurrenten herangewachsen, der die industrielle und technologische Vorherrschaft der USA herausfordert. Exportkontrollen, Investitionsprüfungen und Technologiebeschränkungen dienen daher nicht nur der „Sicherheit“, sondern der Korrektur globaler Machtverschiebungen. Die Strategie setzt auf den Aufbau eines neuen Klassenbündnisses aus Industrie-, Energie-, Rüstungs- und Technologiekapital. Die Betonung, die USA dürften „niemals bei grundlegenden Inputs, die für ihre Verteidigung oder

US-Sicherheitsstrategie „Sicherheit“ als Maske imperialistischer Hegemonie



Wirtschaft notwendig sind, von irgendeiner ausländischen Macht abhängig sein“ (S. 13), zeigt, dass die durch die Globalisierung entstandenen Abhängigkeitsverhältnisse nun als untragbar gelten. Die neue Ausrichtung lehnt den globalen Handel nicht grundsätzlich ab (und kann das auch nicht), ordnet ihn jedoch in einen hierarchischen Rahmen, der den strategischen Prioritäten des Staates noch stärker untergeordnet ist. Die Sicherheitsstrategie stellt die Profite amerikanischer Konzerne, den Zugang zu strategischen Ressourcen, technologische Dominanz (KI, Quantencomputing) und industrielle Kapazitäten explizit in den Mittelpunkt. „Nationale Sicherheit“ wird offen mit der Wettbewerbsfähigkeit des US-Kapitals gleichgesetzt. Diese Doktrin, die wirtschaftliche Sicherheit ins Zentrum stellt und strategische Konkurrenz offen anerkennt, gehört zu den klarsten politischen Ausdrucksformen der gegenwärtigen Widersprüche des Kapitalismus.

Naher Osten und Europa

Auch im Nahen Osten halten die USA an ihrer hegemonialen Rolle fest: Kontrolle über Energiequellen, Handelsrouten und die Sicherung Israels bleiben zentrale Ziele. „Die Energiequellen am Golf dürfen nicht in die Hände des Feindes fallen, die Straße von Hormus muss offenbleiben, das Rote Meer schiffbar bleiben, die Region darf kein Brut- oder Exportgebiet für Terror gegen US-Interessen sein und die Sicherheit Israels muss gewährleistet werden“, heißt es im Papier (S. 28). Daraus lässt sich schließen, dass die USA ihre militärischen, politischen oder diplomatischen Kapazitäten im Nahen Osten nicht reduzieren werden, auch wenn betont wird, dass der Nahe Osten nicht mehr der Hauptfokus sein wird. Denn durch die Schwächung Irans und den Krieg in Palästina hat der US-Imperialismus viele seiner Ziele in der Region bereits erreicht.

Zwar definiert die Strategie Europa weiterhin als Verbündeten, doch die Beziehung

wird nicht länger über gemeinsame Werte oder Freihandel legitimiert, sondern über Kostenverteilung und konkreten wirtschaftlichen Nutzen. Das Dokument fordert von Europa ausdrücklich die Öffnung der Märkte für US-Waren und -Dienstleistungen (S. 27) und ergänzt dies durch die Betonung einer „fairen Behandlung amerikanischer Arbeitnehmer und Unternehmen“ (S. 27). Diese Verschiebung zeigt, dass Europa aus US-Sicht nicht länger ein strategisch gleichwertiger Partner ist, sondern ein ökonomischer und geopolitischer Raum, der unter Bedingungen globaler Konkurrenz neu definiert werden soll. In Bezug auf Europa warnt das Papier vor einem „möglichen Untergang der Zivilisation“ (S.25). Die Migrationspolitik der europäischen Staaten wird offen angeprangert und rechte Kräfte werden unterstützt. „[...] Der wachsende Einfluss patriotischer europäischer Parteien ist tatsächlich ein guter Grund für großen Optimismus“ (S.26), heißt es im Papier. All das bringt die bürgerlichen Parteien Europas und vor allem Deutschlands unter Zugzwang. Für die europäischen Bourgeoisien bedeutet das wachsenden Anpassungsdruck – mit absehbaren Folgen: Aufrüstung, Sozialabbau und verschärfte rechte Hetze in noch aggressiverem Maße.

Lateinamerika: Rückkehr zur offenen Gewaltpolitik

Der ökonomische Schwerpunkt der Strategie liegt darauf, Regionen zu priorisieren, die der eigenen Industrie nützen, und jene „über Bord zu werfen“, die als Belastung gelten. Eine dieser Regionen ist der amerikanische Kontinent, insbesondere Lateinamerika, da er die für die industrielle Produktion benötigten Bodenschätze und Rohstoffe liefert und zugleich einen Absatzmarkt für verarbeitete US-Produkte darstellt. Trump hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass er an Venezuelas Ölressourcen, an Kanadas und Grönlands

seltenen Erden sowie am Panamakanal interessiert ist.

Venezuela ist bereits militärisch eingekreist. Unter dem Vorwand des „Kriegs gegen Drogen“ ließ Trump über 120 unter venezolanischer Flagge fahrende Schiffe versenken. Eine US-Marineflotte wurde in der Karibik stationiert, begleitet von Kreuzern, Zerstörern, 1.200 Raketen, amphibischen und Versorgungsschiffen, einem nuklearfähigen U-Boot sowie einer bedeutenden Luftstreitkräfte-Konzentration. Trump erklärte Maduro zum „Narko-Terroristen“. Der von den USA selbst geschaffene Drogenhandel und die Massenmigration werden in diesem Prozess sowohl zur Anheizung des Nationalismus im Inland genutzt, um Unterstützung für die Politik der Trump-Regierung zu mobilisieren, als auch als Druckmittel in allen Verhandlungen mit lateinamerikanischen Staaten eingesetzt. Die USA werden ihre militärische Präsenz in Südamerika auch weiter ausbauen; um Chinas wachsenden Einfluss in Lateinamerika – von Handel über Diplomatie bis hin zu militärischer Ausbildung – zurückzudrängen, sollen vor allem Venezuela und Kuba, aber auch andere Länder der Region, durch Zwang, Bomben, Regimewechsel, Putschversuche, Erpressung, bilaterale Abkommen oder Marionettenregierungen in den Einflussbereich der USA gezogen werden. Dabei wird der US-Imperialismus die strategischen Ressourcen dieser Länder plündern und die Völker Lateinamerikas weiter ins Elend treiben.

Wie konsequent die Trump-Regierung an diesem Strategiedokument festhalten wird – und überhaupt festhalten kann –, wird nicht nur von den inneren Machtkämpfen innerhalb der herrschenden Klasse oder den Konflikten der Imperialisten untereinander abhängen. Entscheidend wird auch sein, ob die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt dem imperialistischen Kriegskurs eine organisierte, antiimperialistische Gegenmacht entgegensetzen können.



GENERALSTREIK IN BELGIEN

Vor einigen Wochen traten die Arbeiterinnen und Arbeiter in Belgien aufgrund der Kürzungspolitik der Regierung in einen dreitägigen Generalstreik!

Dieser begann am Montag, dem 24. November 2025. Drei Tage lang standen der Nah- und Fernverkehr nahezu still. Am Dienstag streikte der öffentliche Dienst, Schulen und Kitas beteiligten sich und am Mittwoch folgte der Privatsektor. Flughäfen und Bahnhöfe kamen zum Erliegen. In vielen Unternehmen stand die Produktion still. Auch Hafenarbeiter schlossen sich dem Streik an. Laut dem Verband belgischer Unternehmen (VBO) entstand dadurch ein wirtschaftlicher Schaden von mehreren hundert Millionen Euro. Die belgische Arbeiterklasse konnte Druck auf die Regierung ausüben, denn ihre Politik richtet sich ein weiteres Mal gegen ihre Interessen.

Aber was ist los in Belgien und warum kommt es jetzt zu einem Generalstreik?

Blicken wir einigen Monate zurück, wird klar, dass unser Nachbarland durch bewegte Zeiten geht. Belgien gehört zu den am höchsten verschuldeten Ländern der EU, mit beinahe 700 Milliarden Euro Schulden (106,2% des BIP). Nur Griechenland, Italien und Frankreich weisen höhere Schulden auf. Die Zahl der Insolvenzen ist so hoch wie nie zuvor und damit erreichte die Zahl der Entlassungen 2024 einen Höchststand der letzten fünf Jahre. Auch die Inflation ist stark spürbar. Die Preise steigen, das Leben wird teurer und die Kaufkraft sinkt.

Um diese Schulden „in den Griff“ zu bekommen, legt die Regierung einen Sparplan nach dem anderen vor und wälzt die Last auf dem Rücken der Arbeiterklasse ab. Seit der Bildung der Arizona-Koalition Anfang Februar regiert eine Mitte-Rechts Regierung, angeführt von der nationalistischen Partei N-VA. Auch Premierminister Bart De Wever gehört dieser Partei an. Seitdem kommt es regelmäßig zu Protesten gegen die arbeiterfeindliche Politik. Die Proteste begannen kurz nach der Regierungsbildung, als De Wever Kürzungen in Höhe von 20 Milliarden Euro ankündigte, um die Staatsverschuldung zu bremsen.

Es wurde sofort klar, dass auch diese Regierung im Interesse des Kapitals handeln wird. Ein Beweis dafür ist die Abwälzung der Staatsschulden auf die ohnehin immer ärmer werdenden Arbeiterinnen und Arbeiter, während sich in Belgien Superreiche häufen.

Die ersten Proteste mit Zehntausenden Teilnehmern fanden im Dezember 2024 statt. Seit über einem Jahr kämpft die Arbeiterklasse unermüdlich gegen die zunehmenden Angriffe. Der erste Generalstreik fand am 31. März statt. Im Oktober 2025 protestierten 140.000 Menschen gegen die Kürzungspolitik. Und schließlich kam es Ende November zum mehrtägigen Generalstreik, der die Wirtschaft lahmlegte.

Auslöser waren die Haushaltspläne der Arizona-Regierung

Vor allem die geplante Rentenreform sorgt für berechtigte Empörung, da die Renten um mehrere Hundert Euro niedriger ausfallen würden. Die Rente soll um 5% für jedes Jahr sinken, das vor dem offiziellen Renteneintrittsalter in Anspruch genommen wird. Eine Reform, von der gut 50% der Beschäftigten betroffen sein werden. Auch das Renteneintrittsalter soll von 65 auf 67 Jahre steigen. Doch die Angriffe beschränken sich nicht auf die Rente. Das Arbeitslosengeld soll auf zwei Jahre begrenzt werden, Strom-, Gas- und Benzinpreise sollen steigen, die Mehrwertsteuer soll erhöht werden, bei den Kitas soll gekürzt werden und die Arbeitsstunden der Lehrer sollen ohne entsprechende Entlohnung steigen. Gleichzeitig steigen die Rüstungsausgaben (derzeit 1,3% des BIP), nicht zuletzt, um die NATO-Forderung nach 5% des BIP für die Verteidigung zu erfüllen. Jeder Protest gegen diese Politik ist gerechtfertigt und wird von uns begrüßt! Trotz Streik und Druck wurde der Haushaltsplan beschlossen. Der Widerstand blieb jedoch nicht völlig erfolglos. Die Erhöhung des Renteneintrittsalter wurde auf 2030 verschoben, wenn auch nicht zurückgenommen. Jetzt heißt es: nicht aufgeben, sondern entschlossen weiterkämpfen. Wir stehen solidarisch an der Seite unserer belgischen Kolleginnen und Kollegen!



Mit der politischen Verantwortung, die wir als revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse und der Völker übernehmen, und mit unserem Engagement für die Stärkung des Kampfes zur Beseitigung des Kapitalismus und für den Sozialismus haben die Organisationen und Parteien, die Mitglieder der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) sind, die Arbeiten ihrer XXX. Plenarsitzung erfolgreich abgeschlossen.

Die objektive Analyse der weltweiten Realität hat uns zu der Feststellung geführt, dass sich die grundlegenden Widersprüche unserer Zeit verschärft haben, dass sich die allgemeine Krise des kapitalistisch-imperialistischen Systems verschärft hat und dass dies vielfältige negative Folgen für das Leben der Völker hat. Wir leben in einer Welt, die den Arbeitern, der Jugend und den Frauen aus dem Volk nichts Gutes zu bieten hat; einer Welt, in der das Alte verzweifelt an seiner Macht festhält, obwohl es innerlich zerfressen ist. Die interimperialistische Konfrontation bestimmt den Verlauf der wichtigsten Ereignisse auf der internationalen Bühne. Ihre zunehmende Verschärfung verheißt nichts Gutes für die Völker; im Gegenteil, sie führt zu einer Verlangsamung der Weltwirtschaft, zur Überausbeutung der Arbeiterklasse, zu einer Zunahme der imperialistischen Ausbeutung, zu einer Verschärfung der Gewalt gegen unterdrückte Nationen und abhängige Länder und zur Entstehung lokaler Kriege, die häufiger auftreten können, und dem realen Risiko eines umfassenden Krieges.

Das kapitalistisch-imperialistische System, das darauf aus ist, maximale Gewinne zu erzielen und die Herrschaft über den Planeten unter sich aufzuteilen, greift direkt die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Massen und Völker an und verursacht darüber hinaus irreparable Schäden an der Umwelt. Der seit Jahren anhaltende Niedergang des US-Imperialismus und sein verzweifelter Bestreben, seine Einflussbereiche zu erhalten und die Interessen der Monopolgruppen zu schützen, die seine Macht stützen, haben seine Aggressivität brutal verschärft, was sich offen in den Bereichen

...eine Welt, in der das Alte verzweifelt an seiner Macht festhält, obwohl es innerlich zerfressen ist

Erklärung der 30. Plenarsitzung der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen

Wirtschaft, Handel, Politik und Militär manifestiert, wie wir kürzlich im Nahen Osten, in Afrika, Lateinamerika und der Karibik gesehen haben. China ist derzeit die einzige imperialistische Macht, die die Fähigkeit und die Absicht hat, dem US-Imperialismus die Vorherrschaft streitig zu machen. Die gegenseitige Anerkennung als Rivalen, die um die Weltherrschaft konkurrieren, beseitigt jedoch weder die Widersprüche, die beide mit anderen imperialistischen Mächten und entwickelten kapitalistischen Ländern haben, noch hebt sie deren Bestrebungen auf, ihre eigenen Einflussbereiche zu bewahren. Wir beobachten das mit Sorge und lehnen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft ab, die sich auf wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ebene vollzieht. Die Regierungen der Großmächte und vieler abhängiger Länder ordnen ihre Haushalte, ihre Politik und ihre Verwaltung den Vorbereitungen auf eine Konfrontation unter, indem sie repressive Apparate verstärken, Proteste kriminalisieren und die militärische Präsenz in Bereichen normalisieren, die zuvor dem zivilen Leben vorbehalten waren. In diesem Zusammenhang ist ein Vormarsch rechter und offen faschistischer Kräfte zu beobachten, die die Krise nutzen, um Hassreden zu verbreiten, Rechte einzuschränken, Arbeiter und Völker zu spalten und autoritäre Projekte im Dienste des Großkapitals zu unterstützen.

Aber in dieser Welt spielen nicht nur die Kapitaleigner eine wichtige Rolle. Die Arbeiterklasse und die Völker führen wichtige Protestaktionen durch, die ein klares Zeichen für den Fortschritt des Klassenkampfes sind. Angesichts des zionistischen Völkermords am palästinensischen Volk haben sich Millionen von Stimmen auf allen Kontinenten erhoben, um die Barbarei anzuprangern und ein Ende der Beziehungen zu Israel und der zionistischen Besatzung zu fordern. Ebenso haben die Sparpolitik, die Unterwerfung unter ausländische Mächte, die Verletzung demokratischer Rechte und andere Erscheinungen der reaktionären Offensive eine entschiedene Antwort auf den Straßen erhalten. Die Arbeiterklasse, die Jugend, die Frauen und breite Bevölkerungsschichten mobilisieren sich, lehnen

diese Angriffe ab und bekräftigen ihre Entschlossenheit, tiefgreifende Veränderungen zu erreichen, die ihre Lebensbedingungen verbessern und den Weg für eine andere Zukunft ebnen. Die Wiederbelebung des Kampfes der Massenbewegungen weltweit und die zunehmende Bedeutung, die die Jugend in verschiedenen Ländern erlangt, sind offensichtlich. Und wenn die Massen im Kampf den Weg finden, um Rechte zu erringen und sich ihren Klassenfeinden zu stellen, schreiten sie entschlossener voran, verbessern ihre Organisation und verwandeln ihre Empörung in eine Kraft, die in der Lage ist, den Kurs der Gesellschaft zu beeinflussen. Wir leben in einer konfliktreichen Welt, aber gleichzeitig sind es bessere Zeiten für die Arbeit, die unsere Parteien und Organisationen mit Blick auf die Organisation und den Sieg der proletarischen Revolution und des Sozialismus leisten. Es ist unerlässlich, für die Entwicklung und Stärkung einer breiten weltweiten antiimperialistischen und antifaschistischen Bewegung zu arbeiten, die Fahnen gegen den Krieg, für den Frieden und für die internationale Solidarität der Völker hochzuhalten und gegen die vom herrschenden System erzeugte Gewalt zu kämpfen. Unser Endziel ist die soziale und nationale Emanzipation der Arbeiter und Völker - ein Ziel, das nur mit der Arbeiterklasse an der Macht erreicht werden kann.

Damit unsere Parteien ihre Aufgabe erfüllen können, die revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse zu werden, müssen sie sich in jeder Hinsicht stärken: ideologisch, politisch und organisatorisch, und sich aktiv in politische und soziale Kämpfe einbringen.

Die 30. Plenarsitzung der IKMLPO bekräftigt das Engagement ihrer Mitglieder für die Arbeiterklasse, für die unterdrückten Völker und Nationen der Welt. Wir schreiten entschlossen voran, um die Aufgaben zu erfüllen, die uns die Geschichte auferlegt hat.

30. Plenarsitzung

**Internationale Konferenz
marxistisch-leninistischer Parteien
und Organisationen (IKMLPO)
November 2025**

EINHEIT & KAMPF

Ausgabe 51, Januar 2026

Die Einheit und Kampf ist die Zeitschrift der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) und erscheint alle sechs Monate in sieben verschiedenen Sprachen. Sie ist eine internationale Plattform für die Fragen und Erfahrungen der kommunistischen Bewegung auf der ganzen Welt. Die Parteien und Organisationen der Konferenz behandeln in den Artikeln sowohl aktuelle Bewegungen, Kämpfe und Aufgaben in dem jeweiligen Land, als auch grundlegende ideologische Fragen.

In dieser Ausgabe unter anderem:

Brasilien: Der Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung

Italien: Kriegspolitik und Militarismus in Italien

Marokko: Warum das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern?

Türkei: Das chinesische „Rätsel“ aus der Perspektive des chinesischen Proletariats

100 Seiten

Preis Deutschland 7,50 € zuzüglich 1,80
Porto - Österreich 7,50 € - Schweiz 8,00
CHF; jeweils zuzüglich 4€ Porto

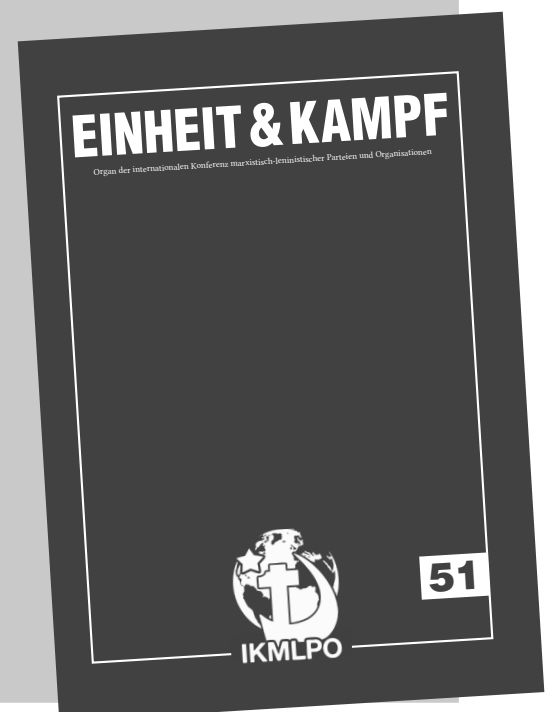
Bestellungen an:

Verlag „Arbeit Zukunft“, Postfach
401051, 70410 Stuttgart

Web www.arbeit-zukunft.de

Mail info@arbeit-zukunft.de

Tel 07159 4200174





Wen wählen wir bei den Betriebsratswahlen?

Im Frühjahr des kommenden Jahres finden in ganz Deutschland die Betriebsratswahlen statt. In fast allen Unternehmen werden offen oder „hinter verschlossenen Türen“ Wahllisten erstellt und Strategien festgelegt.

Die Betriebsratswahlen werden im Schatten der Entlassungen, Lohnkürzungen und anderer Angriffe stattfinden, die aufgrund der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen in vielen Unternehmen auf der Tagesordnung stehen. Auch die Angriffspläne der Regierung, die einen „Herbst der Reformen“ angekündigt hat, dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Um die Einheit der Arbeiter zu gewährleisten und zu stärken, ist es wichtig, wer in den Betriebsrat (BR) gewählt wird. Bei den BR-Wahlen 2026 werden die Listen der AfD und ähnlicher rassistischer und nationalistischer Gruppen stärker in den Vordergrund rücken.

Wer gewinnt die Wahlen?

In den Betrieben laufen die Vorbereitungen für die BR-Wahlen bereits seit einiger Zeit. Insbesondere in mittelständischen und großen Unternehmen, in denen die Betriebsräte manchmal schon seit Jahren im Amt sind, werden die Vorbereitungen „mit großer Sorgfalt“ getroffen: Mögliche Konkurrenten und oppositionelle Listen werden mit verschiedenen Methoden ausfindig gemacht und ruhiggestellt, die Reihenfolge der Listen wird nicht dem Zufall überlassen, Strategien werden festgelegt und umgesetzt. Schließlich gibt es viel zu verlieren oder zu gewinnen.

Wenn wir sagen, dass es „viel zu verlieren oder zu gewinnen gibt“, dann meinen wir damit nicht die Privilegien der Betriebsräte. Die Privilegien, die mit der Mitgliedschaft im Betriebsrat verbunden sind, werden wir in einem anderen Artikel behandeln. Vielmehr meinen wir, dass die BR-Wahlen auch Teil des Klassenkampfes sind. Das heißt: auf der einen Seite stehen ehrliche Betriebsräte, die wirklich auf der Seite der Arbeiter stehen, auf der anderen Seite stehen vermeintliche Betriebsräte, die das Etikett „Co-Manager“ wie eine Medaille stolz auf der Brust tragen. Daher sind in Wirklichkeit nicht nur die Vertreter die „Verlierer und Gewinner“. Wenn die Vertreter, die stolz darauf sind, „Co-Manager“ zu sein, gewinnen, verlieren die Arbeiter auf jeden Fall und die Kapitaleseite gewinnt. Denn wenn sich ein Betriebsrat als verlängerter Arm der Geschäftsführung versteht und seine Entscheidungen entlang unternehmerischer Interessen trifft, dann kann er nicht auf Seiten der Beschäftigten stehen, wenn es um Stellenstreichung, Werksschließungen, Ausbildungsplatzabbau, Erhöhung und Flexibilisierung der Arbeitszeit und vieles mehr geht. Vielmehr versuchen diese „Co-Manager“ diese arbeiterfeindlichen Maßnahmen in ein soziales Gewand zu kleiden, die drastischsten Auswirkungen leicht abzufedern und den „Be-

triebsfrieden“ zu wahren. Die Belegschaft wird durch das Zurückhalten von Informationen im Dunkeln gelassen, möglicher Widerstand wird durch Beschwichtigungen ausgebremsst, teilweise sogar gezielt desorganisiert - ein Kampf zur Abwendung dieser Angriffe bleibt in der Regel völlig aus. Wenn allerdings ehrliche Kandidaten die Wahlen gewinnen, verbessern sich die Möglichkeiten für die Arbeiter, gemeinsam zu kämpfen und sich um ihre gemeinsamen Interessen zusammenzuschließen. Ob sie anschließend gewinnen oder nicht, hängt – wie immer – von ihrer Entschlossenheit ab.

Bilanz ziehen aus den letzten Jahren

Die BR-Mitglieder, deren Amtszeit zu Ende geht, müssen sowohl einzeln als auch als gesamtes Gremium Rechenschaft über die letzten vier Jahre ablegen. Dabei muss geprüft werden, ob sie ihre Wahlversprechen eingehalten haben. Es muss geprüft werden, wie ihre Beziehungen zu den Arbeitern während der vier Jahre waren, ob sie den Arbeitern die Entwicklungen im Unternehmen rechtzeitig mitgeteilt haben und ob sie deren Meinungen zu diesen Themen berücksichtigt haben, ob sie die Forderungen der Arbeiter in Bezug auf Änderungen

in der Produktion, der Lohneinstufung, der Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Anwendung von Arbeitszeitkonten berücksichtigt haben und ob sie eine Reihe weiterer Fragen berücksichtigt haben, die hier nicht alle aufgezählt werden können.

Ein ehrliches und transparentes BR-Gremium erstellt eine solche Bilanz selbst und legt sie den Arbeitern vor. Sie teilt den Arbeitern offen und ohne etwas zu verheimlichen mit, was sie getan hat und warum sie etwas nicht tun konnte. Dazu gehört auch, dass die Betriebsräte die Beschäftigten möglichst regelmäßig über ihr Vorgehen und ihre Absichten informieren und sich nicht erst einige Monate vor der Wahl wieder in den Hallen und Büros blicken lassen, um ihre Gesichter bekannt zu machen und Hände zu schütteln.

Gesetze dürfen nicht als Ausflucht dienen!

Wenn man mit Personen, die diese Aufgabe seit Jahren wahrnehmen, oder mit Personen, die zum ersten Mal eine Kandidatur in Betracht ziehen, über die Arbeit des Betriebsrats spricht, fällt auf, dass ein Teil dieser Personen versucht, sich hinter Gesetzen zu verstecken. Auf die Frage „Warum wurden uns diese Informationen nicht gegeben?“ werden ganz selbstverständlich Begründungen wie „Das sind vertrauliche Informationen, deren Weitergabe verboten ist. Du verlangst von mir gegen Gesetze zu verstoßen“ gegeben. Selbst einige, die zum ersten Mal für den Betriebsrat kandidieren, kennen diese Verbote auswendig, ohne allerdings die gesetzlichen Regelungen zu kennen, die für die Arbeiter wichtig sind. Manchmal vermitteln die amtierenden Betriebsratsmitglieder den Eindruck, als müssten sie sich vier Jahre lang ständig mit geheimen Unternehmensinformationen herumschlagen. Lasst uns klar benennen, dass die Unternehmensleitung dem Betriebsrat keine Informationen vorlegt, die sie aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit wirklich geheim halten will. Wenn sie dies tut, dann nur den vertrauenswürdigsten Mitgliedern des Betriebsrats, ohne dass der Betriebsrat als Ganzes davon Kenntnis erhält.

Hier geht es um Themen, die die Arbeiter direkt betreffen. Es geht darum, rechtzeitig zu erkennen, wenn eine Änderung in der Produktion zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen könnte, dies den Gewerkschaftsvertretern und den Arbeitern mitzuteilen und eine Gegenstrategie zu entwickeln.

Ein Beispiel: Als dieser Artikel verfasst wurde, gab Bosch bekannt, dass das Unternehmen bis 2030 jährlich 2,5 Milliarden Euro einsparen müsse, dass es keine andere

Möglichkeit gebe, als die Personal-, Material- und Energiekosten zu senken, um die Gewinnmarge der Automobilsparte von 3,8 % auf 7 % zu steigern und dass daher besondere Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität ergriffen werden müssten. Zusätzlich zu den bereits angekündigten Entlassungen müssten weitere Mitarbeiter Bosch verlassen, gaben sie über zwei lokale Zeitungen in Stuttgart bekannt.

Frank Sell, Vorsitzender des Bosch-Gesamtbetriebsrates (GBR) und Mitglied des Betriebsrates beim Bosch-Standort Feuerbach, sagte in einem Interview mit denselben Zeitungen: „Die Konzernleitung muss uns in Kürze klare Informationen geben und mit ihrer Salami-Taktik aufhören.“ Wenn man diese beiden Nachrichten liest, könnte man meinen: „Frank wusste auch nichts davon. Er hat es aus der Zeitung erfahren.“ Aber das entspricht nicht den Tatsachen. Frank Sell ist neben seinen Aufgaben beim BR auch stellvertretender Vorsitzender des Bosch-Aufsichtsrates. Bevor die Bosch-Geschäftsführung Entscheidungen über die strategischen Schritte des Konzerns in den kommenden Jahren trifft, muss sie alle Pläne dem Aufsichtsrat vorlegen und dessen Zustimmung einholen. Die Hälfte der Mitglieder dieses Gremiums vertritt formal die „Arbeiterseite“. Drei von ihnen sind professionelle Gewerkschafter, die anderen sind BR-Vorsitzende verschiedener Bosch-Werke.

Die „neuen Pläne“ von Bosch gibt es seit mindestens drei bis fünf Monaten und Sell's Worte „Die Konzernleitung muss uns in Kürze klare Informationen geben und mit der Salami-Taktik aufhören“ sind nur Worte, um die Arbeiter hinzuhalten! Hier wendet nicht nur die Bosch-Geschäftsführung, sondern auch der GBR eine „Salami-Taktik“ gegenüber den Arbeitern an!

Alle BR-Mitglieder bei Bosch müssen den Arbeitern in dieser Angelegenheit Rechenschaft ablegen und die Gründe darlegen, warum diese Pläne den Arbeitern nicht zuvor erklärt wurden. Niemand kann diese Haltung mit „rechtlichen Hindernissen“ rechtfertigen! Ähnliche Situationen gab es bei VW, Mercedes, Ford, ZF und vielen anderen Unternehmen und Konzernen.

Spalterische Kräfte am Werk

Wie bereits eingangs erwähnt, sehen sich gerade hunderttausende Arbeiter in ihren Betrieben mit Entlassungen, Lohnkürzungen und anderen Angriffen auf ihre Arbeitsbedingungen konfrontiert. Es ist daher wichtig, dass wir die kommenden Monate nutzen, um die Einheit der Arbeiter zu erneuern und zu stärken. Bei den BR-Wahlen werden wir mit einem Problem konfrontiert sein, nämlich mit „Spaltern“ unterschiedlicher Ausrichtungen. Einige davon

sind reaktionäre, rassistische und nationalistische Gruppen, die versuchen, sich als „Alternative“ zu präsentieren, indem sie die mangelhafte Politik der Gewerkschaftszentralen und der amtierenden BRs ausnutzen. Verschiedene Gruppen, die für ihre Nähe zur AfD bekannt sind (wie „Zentrum“), nehmen seit einiger Zeit mit Listen an den Wahlen teil. Anfangs „lediglich“ in einigen Automobilfabriken, konnten diese Kräfte gestärkt aus den letzten BR-Wahlen gehen. Diese Gruppen werden in Kürze damit beginnen, Unterschriften für die Teilnahme an den Wahlen zu sammeln. Wir dürfen nicht vergessen, dass es in dieser Phase notwendig ist, sie daran zu hindern, eine ausreichende Anzahl von Unterschriften zu sammeln, die Unterzeichner davon zu überzeugen, ihre Unterschriften zurückzuziehen und die Kandidaten auf der Liste dazu zu bewegen, ihre Kandidatur zurückzuziehen. Darüber hinaus gibt es auch Gruppen, die versuchen nationalistische Listen aufzustellen, die die Belegschaft entlang ihrer Nationalität oder Herkunft spalten. Auch ihnen gegenüber müssen wir die gleiche Haltung einnehmen. Wir müssen solche Listen konsequent ablehnen, die nicht die Einheit und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter im Blick haben und die stattdessen nur individuelle Interessen verfolgen oder spalterische Auffassungen in den Vordergrund stellen.

Das soll natürlich nicht so verstanden werden, dass keine „alternative Liste“ aufgestellt werden darf. Wenn eine „Alternative“ ins Leben gerufen werden soll, muss diese den oben genannten Bedingungen entsprechen. Nicht das generelle Vorhandensein einer zweiten Liste gefährdet die Einheit der Beschäftigten

und ihre Durchsetzungsfähigkeit. Viel eher sind es spalterische, unehrliche und karrieristische Kandidaten und Listen. Das Argument der „Einheit der Beschäftigten“ kann sich in einem solchen Fall sogar gegen die Interessen

der Beschäftigten wenden; nämlich dann, wenn man die Frage vernachlässigt: „Einheit – aber mit wem und wozu?“

Ab heute bis Ende Mai befinden wir uns in einer Phase, die aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet sehr bewegend sein wird. Nutzen wir diese Phase, um unsere gewerkschaftliche Organisation in den Betrieben zu stärken und die Betriebsräte und Gewerkschaftsplattformen zu Kampfszentren zu machen.

Bei den BR-Wahlen werden wir mit einem Problem konfrontiert sein, nämlich mit „Spaltern“ unterschiedlicher Ausrichtungen.

THEORIE & PRAXIS

Was ist Theorie & Praxis?

Die Plattform „Theorie & Praxis“ will einen Beitrag dazu leisten, den Klassenkampf in Deutschland auf politisch-theoretischer Ebene zu stärken und voranzubringen. Während die Angriffe des Kapitals auf die Arbeiterklasse zunehmen, fehlt unserer Klasse eine eigene Partei, die Kämpfe organisiert und mit dem Ziel der sozialistischen Revolution verbindet. Für den Aufbau unserer Kraft braucht es eine Theorie, die die Aufgaben unserer Zeit richtig einordnet und den Weg zu ihrer Lösung aufzeigt. Wir wollen den Klassenkampf auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gemeinsam mit allen ehrlichen Kräften vorantreiben.

Auf Theorie & Praxis werden Beiträge der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO), der Theoriezeitschrift „teoriye eylem“ (Türkei) und der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (Arbeit Zukunft, Mitglied der IKMLPO) sowie historische Dokumente der Kommunistischen Bewegung in Deutschland und international veröffentlicht.

Letzte Artikel

Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

Eine starke Friedensbewegung ist notwendig

Die Enttäuschung organisieren?

Der moderne deutsche Sozialreformismus, vor allem verkörpert durch die Partei „Die Linke“, weckt Hoffnungen die er nicht erfüllen kann.

Die Bedeutung von Teilforderungen für die revolutionäre Aktion der Kommunisten

Teilkämpfe müssen systematisch in den revolutionären Klassenkampf überführt werden.

**Hier gehts
zur Website**



Impressum

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

V.i.S.d.P.: D. Möller

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

www.arbeitzukunft.de

webmaster@arbeit-zukunft.de

Tel: 07159 4200174

Bankverbindung

Verlag AZ, Postbank Stuttgart

IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03

BIC: PBNKDE33

Schickt uns eure Berichte!

Wir veröffentlichen auch Leserbriefe und Berichte aus Betrieb, Schule, Uni, Alltag und Nachbarschaft.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der
23. Januar.

Jetzt Arbeit Zukunft abonnieren!

Das Abo beinhaltet elf Ausgaben im Jahr.

Solidaritätsabo: 60€ im Jahr

Normales Abo: 40€ im Jahr

Einfach eine Mail an abos@arbeit-zukunft.de oder den QR-Code scannen

